

der kaiserlichen Erlasse" zu verwirklichen und die Sozialdemokratie durch eine die Arbeitermassen befriedigende „Sozialreform“ zu bekämpfen und zu vernichten. Das kann uns nur Recht sein, wir werden seit einem Vierteljahrhundert fortwährend „vernichtet“ und das Vernichtwerden ist uns so gut bekommen, daß wir die Fortsetzung nur wünschen können. Und der Kampf mit einem Mann, der unsere Partei kennt, ist immerhin interessanter und angenehmer, als der Kampf mit Leuten, die von dem WGe des wissenschaftlichen Sozialismus keinen Begriff haben.

Vorkläufig machen wir aufmerksam auf das was sich vorbereitet; wir werden Gelegenheit haben, weiter davon zu reden.

Mit Herrn Miquel, dem neuen Finanzminister, wird von den Parteien ein eigenhämliches Fangballspiel getrieben. Während die Nationalliberalen das vollste Recht haben, ihn den übrigen zu nennen, versuchen die nächsten Nachbarn der Nationalliberalen nach rechts und links, ihn näher zu sich heran zu ziehen. Die freikonservative „Post“ erklärt: Er ist ein Mann nach unserem Herzen und wird die konservativen Erwartungen erfüllen; und die „Vossische Zeitung“ sagt: Er ist ein Liberaler und wird den Haß der Konservativen gegen ihn voll rechtfertigen. Anders wieder die Entschieden links und rechts. Diese werfen ihn so weit von sich, wie nur möglich. Die Konservativen wollen mit einem „Liberalen“, einen „Börjennann“, einen „Nationalisten“, wie Miquel, nichts zu thun haben. Nach den Linksfreimüthigen ist Herr Miquel von einem Konservativen gar nicht zu unterscheiden. So schillert Herr Miquel in allen Farben. Aber man sieht aus diesem Hin- und Herwerfen auch wieder, wie charakterlos die bürgerlichen Parteien sind. In jeder von ihnen sitzen Leute, die mit ihren eigenen Freunden weniger gemein haben als mit der oder jenen anderen Partei, und deshalb neutralisiren sich auch die beiden Parteihälften so häufig gegenseitig.

In der Börse ist, wie die „Berliner Börzenzeitung“ berichtet, die Erneuerung des Herrn Miquel entschieden unpopulär aufgenommen worden, weil die Börse Herrn Miquel an alten Tagen (Disconto-Gesellschaft) persönlich und genau kennt.

Dem verflochtenen Finanzminister v. Scholz widmet die „Ztg.“ einen Nachruf, indem es zum Schluß heißt:

„Wie in seinem eigentlichen Bistum war Herr v. Scholz auch in anderen Beziehungen wenig glücklich. In seinem parlamentarischen Auftreten hatte er sich offenbar den Fürsten Bismarck zum Muster genommen, aber die Nachahmung brachte keine Rechenlichkeit hervor. Seine Schroffheit imponirte nach keiner Seite hin, man machte sich vielmehr lustig über die Schneidigkeit, in der sich dieser „jüngste Lieutenant“ — zu dieser militärischen Würde war er als Fünfundwanzigjähriger noch gelangt — gefiel und mit der er es schließlich dahin brachte, daß auch die sonst so ministerielle Rechte sich nicht scheute, an ihm ihre kritische Kraft zu erproben. So war er zuletzt ohne jede Fühlung mit den Parlamenten und dazu mag auch die Art, wie er für seine Vertretung in der Presse gefordert hatte, viel beigetragen haben. Er hatte sich in ein enges Verhältnis mit einem schon anderweitig für die Geltendmachung gewisser industrieller Kreise gedungenen Publizisten (Schweinsburg) untergeordneter Art eingelassen, der die Intimität mit dem Minister in einer Weise auszunützen wußte, die von allen Parteien als anstößig im höchsten Grade empfunden und getadelt wurde. Man hatte sich unter Bismarck in Bezug auf offiziellen Ansehen an starke Dinge gewöhnt, aber das Treiben des Offiziosus, als dessen Freund Herr v. Scholz sich bekannte, ging auch den abgeklärtesten Geistern zu weit und war auch, namentlich in der Etablierung eines förmlichen Marktes für Gefehentwürfe und sonstige amtliche Altenstücke, eine Neuerung, die allen preussischen Traditionen Hohn sprach.“

Sympathien werden nach alledem Herrn v. Scholz nicht in den Ruhestand begleiten. Man wird dem Fleiß und Talent, die er als Ministerialrath bewiesen hat, die Anerkennung nicht versagen, man wird auch gerne zugeben, daß er im Finanzwesen erfahren war und nicht mit der unschuldigen Unwissenheit eines Hobrecht sich an die Leitung dieses schwierigen Ressorts gewagt hat, seine Ministerialaufgabe aber wird keinen Verteidiger, geschweige denn einen Lobredner finden; es kennzeichnet sie eine Reihe verunglückter Experimente, die eine geschickte Hand nicht verrathen. Auf den Minister v. Scholz läßt sich der Spruch anwenden, mit dem Langbein die Fabel von einem mißlungenen Aufsteigen in höheren Verne schließt:

„Man kann ein guter Karrenschieber
Und doch ein schlechter Fuhrmann sein.“

Den Vogel abgeschossen in dem Geschwäh der gegnerischen Blätter über die Streitigkeiten und den Zerfall der Sozialdemokratie hat sicherlich Herr Binder. Er besaß sich in einem langen Leitartikel mit der „beginnenen Zweiteilung“ und findet heraus, daß zwischen Debel und Liebnicht die „tieftsten Meinungsverschiedenheiten“ bestehen, die sich „nicht bloß auf taktische son-

dern grundlegende Fragen“ erstrecken. Und zwar ist, man höre und staune, Liebnicht für das Majoritäts, Debel hingegen für das Autoritätsprinzip. Wer es nicht glaubt, kann in dem Leitartikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Mittwoch den tieftinnigen Nachweis finden. Für uns genügt es, den Unsinn mitsutheilen, der allen Beteiligten ein Lächeln abnähigen und sie in der Ueberzeugung bestärken wird, daß Binder seit dem Sturze seines Gönners unheilbaren Schaden an Leib und Seele genommen hat.

Endlich ein Reichstagsmandat für Bismarck in Sicht. Durch Miquel's Erhöhung zum Finanzminister ist der kaiserlich-lauterer Wahlkreis frei geworden. Die nationalliberale Partei des Kreises soll nun, wie der „Pfälzer Volksbote“ meldet, beabsichtigen, an den Fürsten Bismarck die Anfrage zu richten, ob er eine Reichstagslandtagsmandat für kaiserlich-lauterer Kirchheimbolanden annehmen wolle. — Der Mann wird wahrscheinlich mit beiden Händen zugreifen. Hat doch sein Leiborgan, die „Hamb. Nachr.“, täglich gemurmelt, daß weder die Oberbarnimer noch die Bismarck-Angemünder „Reichstreuen“ von einer Kandidatur Bismarck etwas wissen wollen. Allerdings ist der kaiserlich-lauterer Wahlkreis durchaus nicht ein sicherer Besitz der Nationalliberalen. Herr Miquel ist nur mit wenigen Stimmen Mehrheit und unter Anwendung von Mitteln gewählt worden, die vermuthlich zur Kassirung der Wahl geführt hätten.

Die Verhältnisse des Zentrums an seinem Programm und an seinen Wählern findet mit Recht die allgemeinste Verurtheilung — selbst die schrumpfen Weichheit der katholischen Parteischichten die Köpfe und schimpfen weidlich auf die „Dohngesaffen“ und Junker des Zentrums, welche die braven bayerischen und rheinisch-westfälischen Abgeordneten zum Umfall „verführt“ haben. Und mit Recht ist man mit einer Haltung unzugeneigt, die das gerade Gegenteil von dem ist, was die Herren vom Zentrum und ihre Programme vor den Wahlen verprochen hatten, unjammert, als das Zentrum auch nicht den Schattens eines vernünftigen Grundes für seinen Umfall vorzubringen weiß.

In recht aufdringlicher Weise scheint, der „Ztg.“ zufolge, auf dem fiskalischen Grubenwerk Bilsenbergr für das Bismarckdenkmal gesammelt zu werden. Am 16. Juni erschien der Grubensteiger bei den Bergleuten und erklärte denselben, am 18. hätte ein Jeder seinen Lohn selbst in Empfang zu nehmen; es handle sich nämlich darum, daß ein jeder Bergmann einen Beitrag zu einem Bismarckdenkmal zu geben beziehungsweise zu zeichnen habe. Der geringste Beitrag sei 15 beziehungsweise 10 Pf., so hätte der Herr Obersteiger erklärt. Die Leute haben denn auch ihr Geld in Empfang genommen und theilweise ihr Scherlein von dem lang verdienten Lohne zu Ehren eines Millionärs abgezwaht.

Erzogen wie gedreht. Das „Schw. Wochenbl.“ schreibt: Wie erwidert unsere „nationalen“ Journalisten sind, wenn es gilt das Andenken der hervorragendsten Kämpfer der großen französischen Revolution zu verunglimpfen, dafür ein kleines Beispiel. In der in sog. „nationalen“ Geiste redigirten Feitschrift „Buch für Alle“ (herausgegeben von der Deutschen Verlagsgesellschaft Union), Jahrgang 1889, Heft 9, findet sich unter der Rubrik „Mannigfaltiges“ folgende Notiz über den Revolutionsmann Danton: „Schreckliche Galanterie. — Danton, der Blutmann von 1793, war sehr galant gegen die Damen, und that sich etwas zu gut darauf. Als er einst mit einer Dame auf dem Boulevard du Temple spazieren ging, bewunderte dieselbe ein Haus, das ihr ungemein gefiel. „Wären Sie dieses Haus besitzen?“ fragte Danton mit verächtlichem Lächeln. „Allerdings!“ „Nun, Sie sollen es haben!“ — Am selben Tage noch wurde der Besitzer jenes Hauses als „Feind der Republik“ verhaftet, am nächsten verurtheilt, am dritten guillotiniert, und am vierten führte der galante Danton die neue Besitzerin in das schöne Haus am Boulevard du Temple mit dem verbindlichsten Lächeln auf seinen Lippen ein.“

Kein französischer Schriftsteller, gleichviel welcher politischen Partei er angehören mag, würde sich so weit erniedrigen, sein Erzählungstalent durch Erfindung einer derartigen Anekdote zu mißbrauchen. Ist es da zu verwundern, wenn jetzt noch viele Leute sich die unangenehmsten Vorstellungen über jene große Bewegung machen, wenn ihnen derartige Ainaldial-Geschichten als geschichtliche Wahrheit aufgelesen werden?

Massenverbreitung „guter“ Schriften. Ein Dr. Kränzel, früher der liberalen Partei angehörig, der schon seit 12 bis 14 Jahren eine Existenz sucht und sich den bestehenden Kreisen durch Bekämpfung der Sozialdemokratie empfehl (er war auch in verschiedenen Orten Sachverständiger Zeit „thätig“), hat jetzt den schon von uns charakterisirten Verein mit obigem Zwecke „gegründet“. Er hat auch den Kolportagehändlern in einer Broschüre und in ihrer eigenen Generalversammlung seinen Standpunkt klar gemacht. Diefelben sind aber keineswegs gewillt, auf den reaktionären Koll der „Massenverbreitung“ anzubiegen, daß das deutsche Volk von der Verkünder der „Sitten im Wandel“ (augenblicklich machen sie freilich einen Nordwestwind) durchaus nichts wissen will. Darum schlägt ein Kolportagehändler dem Verein derselben folgende Resolution gegen den Verein der Massenverbreiter vor: Ein Verein, dessen erste That eine niedrige Schmähschrift war, — dessen Vertreter es unter nichtigen Umständen ablehnt, den Inhalt der Schmähschrift öffentlich zu widerrufen — der in seinen Statuten Sätze enthält, die ihn als einen

Sort für angehende Polizeispione und eine Lehrschule für alle Denunziantenthum erscheinen lassen, — der nicht daran denkt, tüchtige Schriftsteller der Gegenwart für die breiten Volksmassen zu gewinnen, sondern dieselben mit nichtskosten Antiquitäten zu füttern sucht, steht nicht auf demjenigen sittlichen Niveau welches ihn berechtigten könnte, als Reformator des für das Volk bestimmten Lesestoffes aufzutreten. Wir lehnen es daher ein für allemal ab, mit dem Verein zur Massenverbreitung von Schriften in geschäftliche Verbindung zu treten. Und wenn wir dies beharrlich einhalten, dann wird der Weimarer Verein in seinem eigenen Zetteln schmoren, bis es alle ist. — Der Mann hat ent-schieden recht.

Mit dem Internerwerbverband von Hamburg-Altona scheint es trotz der anderthalb Millionen Mark Garantie-fonds nicht zum allerbesten zu stehen. In verschiedenen Hamburger Blättern findet sich gleichlautend folgende Notiz: „Das insolge Veröfentlichung über die Gründung des Arbeitervererbungs-fonds zur Unterstützung kleinerer Gewerbetreibender viele Personen an betrefsenden Stelle um Gewährung von Vorstufen auf Grund dieses Fonds ersucht haben, so wollen wir, einem an uns gerichteten Ersuchen Folge gebend, darauf aufmerksam machen, daß Vorstufen aus dem erwähnten Fonds nur an Mitglieder der dem Verein angehörigen Vereinigungen gegeben werden können.“

Infolge des Webranzustandes in Gera wurden, wie uns von dort geschrieben wird, 51 Personen bestraft, und zwar:

- | | |
|--|----------|
| 1. Wegen unerlaubten Sammelns von Geldbeiträgen zum Unterstützungsfonds der ausgesperrten Weber: | |
| 14 Personen zu je 6 M. Strafe und 30 Pf. Kosten | 74,20 M. |
| 8 Personen zu je 10 M. Strafe und 50 Pf. Kosten | 84,00 „ |
| 1 Person wegen Sammelns auf dem Lande (Wetteln) 1 Woche Haft | 7 Tage |
| 2. Wegen Unfugs, verübt durch Stehenbleiben auf der Straße: | |
| 2 Personen zu je 3 M. Strafe und 30 Pf. Kosten | 6,00 „ |
| 1 Person zu 6 Mark Strafe und 80 Pf. Kosten | 6,30 „ |
| 3 Personen zu je 15 M. Strafe oder je 14 Tagen Gefängniß | 48,30 „ |
| 1 Person zu 6 Tagen Gefängniß | 6 „ |
| 3. Wegen Uebertretung des § 163 der Gewerbeordnung: | |
| 6 Personen zu je 14 Tagen Gefängniß | 84 „ |
| 1 Person hiervon wegen Angabe eines falschen Namens noch 15 M. Strafe oder 1 Woche Gefängniß | 15,00 „ |
| 1 Person zu 4 Wochen Gefängniß | 28 „ |
| 1 Person zu 5 Wochen Gefängniß | 35 „ |
| 4. Wegen unerlaubten Sammelns von Geldbeiträgen in den Fabriken zum Begräbniß der Frau Körner: | |
| 13 Personen zu je 5 M. Strafe und 30 Pf. Kosten | 68,90 „ |

100 Tage 308,90 M.
Fast sämtliche Bestrafen haben auf richterliche Entscheidung angehten.

Böhm, 23. Juni. Der ehemalige Vorsitzende des Zentral-Streit-Komitees hier selbst, der Bergmann Johann Weber, der in der letzten Zeit immer mehr in den Hintergrund gedrängt, macht wieder von sich reden. Bekanntlich faute derselbe den alten Verband der Bergleute auf jede denkbare Weise zu schädigen und die Führer mit allen Mitteln zu verächtigen; er war auch einer der „frühesten Agitatoren“ für den neuen Verband, wahrscheinlich hoffend, er werde an die Spitze desselben gewählt werden. Nun dieses nicht geschehen, scheint er ein Feind des neuen christlich-sozialen Bergarbeiter-Verbandes geworden zu sein. Er erläßt nämlich in den Zeitungen folgende Erklärung: „Im Interesse der Bergmannsache halte ich es nach reiflicher Ueberlegung für meine heiligste Pflicht, trotz der Anspannung von allen Seiten, meine Kameraden dennoch zu ermahnen, dem alten Verbands beizutreten, weil ich darin das Heil der ganzen Bergmannschaft erblicke. Mit herzlichem Glückauf! Johann Weber.“ — Der alte Verband wird diesem Wunsch natürlich auch die Thüre weisen.

Eiberfeld, 21. Juni. Die „Freie Presse“ schreibt: Wie bekannt, erhielten die Verurtheilten im Eiserthurn-Gefängnisprozess ihre Zustellung, wonach sie ihre „Strafe“ antreten müssen. Folgende Genossen haben gestern, nachdem sie Abschied von Weib und Kind, von Freunden und Parteigenossen genommen hatten, diesen Gang angetreten: Allenbaum, Bertram, Hahn, Bleibtreu, Schneider, Eiberfeld; Tracht, Bubenger, Barman; Bongarth, Sonnborn; Kaiser, Reiviges. Etwa 150 Parteigenossen gaben ihnen das Geleit. In einer Wirthschaft in der Nähe des Arresthauses wurde Halt gemacht und hier vereinigten sich sämtliche Genossen noch einmal fröhlich beim Glase Bier. Doch einmal mußte Ernst gemacht werden, förderte doch der Statuanwalt, forderte doch das „Recht“, seine Opfer. Sämtliche Genossen, die Verurtheilten in der Mitte, bildeten einen Kreis und ernst und feierlich

— Ach, mein Theurer warum hast Du dies gethan? Hältst Du mich für so schlecht? es ist mir ganz gleichgiltig, daß wir ruhmlos sind. Wenn wir nur zusammen leben, so find wir schon glücklich; laß sie alles nehmen, gehen wir irgend wohin, wo Du nicht mehr von ihnen reden hören wirst; Du wirst arbeiten, und es wird Alles gut werden.

Sie lehnte ihre Stirne an die bleiche Wange ihres Gatten und sie verharren nun Beide im Stillschweigen. Denise, welche jeden Augenblick durch das kleine Fenster, welches auf dem Vestibule des Hauses giug, hinauschaute tief endlich:

— Der Arzt ist da.

Der Arzt war ein junger Mann mit lebhaften Augen, er erklärte, er wolle den Verwundeten besichtigen, bevor man ihn zu Bette bringt. Es war bloß das linke Bein gebrochen, oberhalb des Knöchels. Es war ein einfacher Bruch, keinerlei Komplikation zu befürchten. In dem Augenblick, als man sich anschickte, die Tragbahre in das Zimmer zu bringen, erschien Gaujean, um über die Erfolglosigkeit eines letzten Schrittes zu berichten, den er unternommen hatte: die Verhängung des Konkurses war unausweichlich geworden.

— Was ist denn geschehen? murmelte er.

Denise verständigte ihn kurz. Er stand verlegen da. Robineau sagte ihm mit schwacher Stimme:

— Ich zürne Ihnen nicht, aber Sie tragen ein wenig Schuld daran.

— Mein Gott, man brauchte festere Schultern dazu, als die unserigen; Sie wissen, daß es mir nicht gehen geht, als Ihnen.

Man hob die Tragbahre empor, der Verwundete faud noch die Kraft zu sagen:

— Ach nein, auch festere Schultern wären gebengt worden. Ich begreife, daß die alten Eigensinnigen, Bourras und Baudu dabei die Knochen lassen, aber wir, die wir jung sind, und uns dem Jng der Dinge anschließen . . . Nein, Gaujean, es ist das Ende der Welt gekommen.

Man trug ihn hinweg. In einer Aufwallung, in welche sich fast ein Schimmer von Freude mengte darüber, daß sie nun endlich der Geschäfte los sei, umarmte Madame Robineau

Denise. Und da Gaujean sich mit dem Mädchen entfernte, erklärte er ihr unterwegs, daß der arme Tausel Robineau Recht habe, es sei unfruchtig gegen das „Glück der Damen“ ankämpfen zu wollen. Auch er sei verloren, wenn er nicht vom „Glück der Damen“ wieder in Gnaden aufgenommen wird. Er hatte schon Tags vorher bei Hyon im Geheimen einen Schritt gemacht, der eben nach Hyon abgereist sei. Aber er zweifelte an dem Erfolg und suchte nun Denise, deren Einfluß ihm ohne Zweifel bekannt war, für sich zu gewinnen.

— Meiner Tren, wiederholte er, um so schlimmer für die Fabrikation. Man würde sich ja über mich nur lustig machen, wenn ich mich aufreibe in dem Kampfe für die Interessen Anderer, während die Fabrikanten da unten einander an Billigkeit ihrer Erzeugnisse zu überbieten suchen. Mein Gott, es ist, wie Sie ehemals sagten: Die Fabrikation hat nur dem Fortschritt zu folgen, durch eine bessere Organisation und durch ein neues Verfahren. Alles wird sich regeln; die Hauptsache ist, daß das Publikum zufrieden sei.

Denise erwiderte lächelnd:

— Sagen Sie Allices Herrn Monret, Ihr Besuch wird ihn nur freuen. Er ist nicht der Mann, um Ihnen einen Groll zu bewahren, wenn Sie ihm nur einen Vortheil um eine Centime bieten.

Im Monat Januar starb Madame Baudu an einem hellen Sonntag Nachmittag. Schon seit 14 Tagen konnte sie nicht in die Boutique hinabgehen, welche jetzt eine Bedienerin hütete. Sie saß in der Mitte ihres Bettes, von allen Seiten durch Kissen gestützt. Nur die Augen lebten noch in ihrem bleichen Gesichte und diese Augen waren unablässig auf das „Glück der Damen“ gegenüber gerichtet. Baudu, der selbst unter diesem Vann litt, wollte manchmal die Vorhänge herablassen. Allein sie bat ihn, es nicht zu thun, sie wollte in eigeninniger Weise, bis zu ihrem letzten Athenzug dieses Schauspiel sehen. Das Angehewer hatte ihr Alles genommen, ihr Haus, ihr Kind und sie selbst starb Zug für Zug mit dem alten Elbeuf. Als sie fühlte, daß ihr Ende herannah, bat sie ihren Gatten, die beiden Fenster zu öffnen. Es war ein mildes

Wetter, die Sonne vergoldete in breiten Streifen das „Glück der Damen“, während das Zimmer in dem alten Hause der Baudu's im kühlen Schatten lag. Madame Baudu starrte auf diese Vision eines Siegesmonumentes hinüber, mit feinen hellen Spiegelscheiben, hinter welchen ein Strom von Millionen sich wälzte. Ihre Augen erstarben langsam, die Finsterniß senkte sich auf dieselben herab und als sie im Tode erloschen, blieben sie weit offen stehen, immer auf dieses Schauspiel da draußen gerichtet. Und wieder sah man den Kleinhandel des Stadtviertels in dem Leichenzuge. Man sah die Brüder Vanpouille, noch bleich von ihren letzten Wechselzahlungen im Dezember, welche sie nur mit den äußersten Anstrengungen ausbringen konnten, ohne Hoffnung, sie noch einmal aufzubringen.

Vedore stieg sich auf einen Stod. Er war von solchen Sorgen geplagt, daß man ein Verschlechterung seines Augenlebens befürchtete. Deligniere hatte einen Schlaganfall erlitten, Picot und Rivoire gingen still mit zu Boden gesunkenen Blicken als abgethane Menschen einher und man wagte nicht nach den Verwundeten zu fragen, nach Duinette und Mademoiselle Laitin und nach dem unglücklichen Robineau, der auf seinem Siechbette lag. Man interessirte sich hauptsächlich für die in letzter Zeit von der Post heimgekehrten Kaufleute, wie der Parfumeur Brogniet, die Modistin Madame Chadeuil, der Blumenhändler Lacassagne, der Schuhmacher Mand, alle diese standen noch aufrecht, aber sie zitterten bereits, hinweggesetzt zu werden. Hinter dem Leichenwagen schritt Baudu einher mit dem nämlichen schwerfälligen geschweiften Gang, mit welchem er seine Tochter hinausgeleitet hatte, während man hinter dem ersten Leichenwagen die funkelnden Augen Bourras, unter den weißen Vorsten seiner Augenbrauen sehen konnte.

Denise war in letzter Zeit sehr bekümmert, gebrochen von Angst und Mählal. Sie hatte Bepe in das Kollegium geben müssen und Jean machte ihr viel Schererei; er war dermaßen verliebt in die Nichte des Pastetenbäckers, daß er seine Schwester gebeten hatte, für ihn um sie zu werben.

(Fortsetzung folgt.)

erlöste das Lied: „Brüder reicht die Hand zum Bunde.“ — Gemeinens Schrittes, die Verurtheilten voran, wurde die kurze Strecke zum Gefängnis zurückgelegt. Noch ein kurzer Händedruck, ein Lebenswille und das Gefängnis öffnete sich, um die Opfer ihrer Ueberzeugung aufzunehmen; unter einem dreimaligen begeisterten „Hoch“ auf die Sozialdemokratie, welches an den Mannern der Bastille von Elberfeld sein Echo fand, hielten die Verurtheilten ihren Einzug in das Haus, in welchem sie ihre Ueberzeugung mit mehr oder weniger längeren Freiheitsstrafen büßen sollten. Als das Thor sich hinter ihnen geschlossen und sie von der Außenwelt vollständig abgeschnitten, standen die draußen stehenden einen Moment ruhig da, nach einem nochmaligen „Hoch“ auf die internationale Sozialdemokratie traten sie dann ruhig und nachdenklich den Heimweg an. In der Nähe des Gefängnisses waren mehrere Polizeibeamte stationirt, dieselben verhielten sich jedoch, zu ihrer Ehre sei's gesagt, völlig passiv. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der nächstgelegenen Fabriken strömten alle ans Thor und an die Fenster; die Verurtheilten durften das Bewußtsein mitnehmen, daß sie nicht vergessen sind, daß für ihre Angehörigen gesorgt und ihnen bei ihrer Wiederkehr ein freudiger und begeisterter Empfang zu Theil wird. In Elberfeld sind in Barmen hat sich ein Komitee gebildet, das sich zur Aufgabe gestellt hat, die Noth der Familien der im Gefängnis befindlichen Mütter der Ueberzeugung zu lindern. Es ist Ehrenpflicht jedes Einzelnen, der Mannesmut und Ueberzeugung achtet, dafür einzutreten, daß die Familien nicht der öffentlichen Armenpflege anheimfallen.

Dresden, 22. Juni. Der Medizinalrath Sommer von der hier erscheinenden „Sächs. Arbeiterztg.“ wurde vor einigen Wochen vom hiesigen Schöffengericht wegen groben Unfugs zu 3 Wochen Haft verurtheilt, weil er in einem Berichte über eine andere vorausgegangene Schöffengerichtssitzung, in welcher er ebenfalls als Angeklagter fungirte, die Namen der Schöffen und deren Stand und Wohnung angegeben hatte. Einer Kritik hatte Sommer jenes frühere Urtheil in keiner Weise unterzogen. Dennoch erblühte der Gerichtshof in dieser Angelegenheit der genaue Adressen eines Boykottversuchs, den er mit jener hohen Haftstrafe ahnden zu müssen glaubte. Die von Seiten des Verurtheilten eingeleitete Berufung wurde vor einigen Tagen vom Landgericht verworfen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Juni. Der Minister des Innern hat unmittelbar nach dem Austritt der Cholera sämmtliche Landesbehörden beauftragt, sanitäre lokale Maßregeln zu ergreifen. Es wird ferner beauftragt, das Verbot der Ein- und Durchfuhr von Harem und dergleichen aus choleraverdächtigen Ländern, darunter auch aus der asiatischen Türkei, zu erneuern.

Großbritannien.

London, 24. Juni. (Unterhaus.) Der erste Lord des Schachens erklärte auf eine Anfrage, daß die Einreise eines Kommissars nach Belgien, um die Ansicht der dortigen Einwohner anlässlich der Abtretung an Deutschland zu erfahren, unmöglich sei, da die Regierung deren Gesandtschaft kenne.

Im Oberhaus erklärte der Premierminister Lord Salisbury, der Ausdruck: „Protektorat über das Sultanat Sansibar“, in seiner Rede vom 14. Juni cr. bedeute das Sultanat von Sansibar, das unter der Regierung des Sultans von Sansibar oder unter dessen Suzeränität stehe. Eine Definition jenes Gebietes sei schwer, aber, allgemein gesprochen, umfasse dasselbe die Inseln und einen bedeutenden Theil des Festlandes.

Unterhaus. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Ferguson, erklärte, die Regierung wolle gegenwärtig keine allgemeine Ansicht darüber aussprechen, ob andere Nationen auf Grund der Weisheitsgemäßungs-Kauf der Besetzung von den Transit-Abgaben genießen, die das englisch-deutsche Abkommen betreffend Afrika, Deutschland und England gewährt. Bezüglich Samoas erklärte Ferguson, der Vertrag sei den eingehenden Berichten zufolge in Kraft, die Steuern und Abgaben würden erhoben. Die Gerichtshöfe und die Landkommission seien noch nicht konstituirte, auch der Präsident des Municipalraths von Apia sei noch nicht ernannt.

Die Handlungs-Gehilfen der Londoner City hielten, nachdem die Polizei ihr Meeting auf dem Börsenplatz verboten, eine Versammlung im Finsbury-Quartier ab und beschlossen dort die Bildung einer Union zur Verbesserung der Gehälter, Abkürzung der Arbeitszeit und Erzwingung besserer Behandlung. Ausländer und in den Kontoren beschäftigte Damen werden zur Mitgliedschaft zugelassen.

London, 24. Juni. Des neuen Polizeichefs Sir G. Bradford erste Amtshandlung war, den Schulzeuten das Abhalten von Versammlungen zur Besprechung ihrer Beschwerden zu verbieten. In einigen Polizeistationen, wo gerade solche Versammlungen abgehalten wurden, ward dem Befehle ihrer Vorgesetzten, auseinanderzugehen, geradezu Widerstand geleistet. In einer Station in Borough wurden zwei widerspenstige Schulzeute festgenommen, aber ihre Kameraden weigerten sich, den Nachdienst anzutreten, falls die Suspensionen nicht rückgängig gemacht würden, was schließlich geschah.

Frankreich.

Paris, 24. Juni. Deputirtenkammer. Minister Ribot glaubt, daß eine Besprechung der Sanibarfrage eine Unzuträglichkeit sein würde, so lange die Verhandlungen noch schweblich. Falls die Kammer es indes wünscht, sei er bereit auf die sofortige Besprechung der von Brisson eingebrachten Interpellation einzugehen. Brisson erklärt, im Hinblick auf die Auslassungen des Ministers ziehe er seine Interpellation zurück.

Für die durch die Feuersbrunst auf Martinique Beschädigten wurde eine Unterstützung von 200 000 Fr. bewilligt. Der Senat hat die Interpellation Chesnelong über die Vorgänge in der Kommune Wicq, wo Laten-Schulen eingerichtet wurden, auf nächsten Donnerstag festgestellt.

Die Deputirtenkammer berueth die Steuern für die Fabrikation von Wein aus Rosinen. Die Verathung soll am nächsten Donnerstag fortgesetzt werden.

Die Angelegenheit der Russen soll noch nicht am Freitag sondern erst in der nächsten Woche zur Verhandlung kommen.

Schweiz.

Bern, 24. Juni. Infolge der Zustimmung des Ständerathes zu dem bezüglichen Beschluß des Nationalrathes wird die Bundesversammlung am 22. September zur Fortsetzung der jetzigen Session zusammentreten. — Der Ständerath hat den Bescheid des Bundesrathes über die Berliner Arbeiterschul-Konferenz nicht des Bundesrathes angenommen und demselben für das Ueberlassen mit Taut entgegengesprochen und demselben für das Ueberlassen der Initiative in dieser Angelegenheit an Deutschland seine Anerkennung ausgesprochen.

Spanien.

Madrid, 21. Juni. Nach Meldungen aus Valencia haben dort und in der Umgegend die Cholera-Erkrankungen nachgelassen.

Madrid, 25. Juni. In Montichelvo sowie in Gandia, wo in den letzten Tagen 4 Cholera-Erkrankungen vorkamen, ist seit den letzten telegraphischen Nachrichten je ein neuer Todesfall, seit den letzten telegraphischen Nachrichten je ein Konstatiren. In den übrigen Theilen von Spanien ist der Gesundheitszustand ein befriedigender.

Madrid, 25. Juni. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Dekret, nach welchem die Provenienzen aus dem Hafen von Gandia, sowie aus Valencia und Denia in der Provinz Alicante als verdächtig zu betrachten und demgemäß zu behandeln sind.

Madrid, 25. Juni. Nach einem veröffentlichten amtlichen Ausweise beträgt die Gesamtzahl aller bisher in der Provinz Valencia vorgekommenen choleraartigen Krankheitsfälle 196, von denen 118 tödtlich verliefen.

Amerika.

Rio de Janeiro, 24. Juni. Die neue Verfassung wird der am 15. November zusammentretenden konstituierenden Versammlung zur Genehmigung unterbreitet werden.

New-York, 25. Juni. Nach Meldungen aus St. Louis handelt es sich bei den Nachrichten von angeblichen Unruhen in Mexiko lediglich um das Auftreten einzelner Räuberbanden, welche Plünderungszüge unternehmen. Namentlich wurde am 20. d. M. ein Eisenbahnzug von Räubern überfallen. Die den Zug bewachenden Soldaten gaben Feuer, tödteten mehrere Räuber und nahmen den Anführer fest, welcher alsbald erschossen wurde.

Parlamentarisches.

Der Reichstagsabgeordnete Graf Bernstorff, Vertreter des 15. hannoverschen Wahlkreises, hannoverscher Landrath a. D., geboren 1803, seit 1878 Mitglied des Reichstages (Zentrum), ist gestorben.

Lokales.

Aus Anlaß der Volksversammlung vom 20. d. M. hatte sich fast die gesammte gegnerische Presse veranlaßt gefühlt, von tiefgehenden Spaltungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu fassen. Für unsere Gegner ist das bei dem Mangel an anderweitigen Stoffen ein so beliebtes Thema, daß wir bisher stets derartigen Ausführungen mit heiterer Ruhe gefolgt sind. Was wir hauptsächlich auf jene Anspaltungen zu erwidern hatten, haben wir in unserer Dienstaagsnummer bereits klargestellt; es erübrigt uns jetzt nur noch, einige persönliche Geheißigkeiten, die — wie gewöhnlich — von freisinniger Seite auf uns losgelassen werden, in das richtige Licht zu stellen.

In der Sonntagsnummer veröffentlichte die „Berl. Ztg.“ folgendes Entree:

Ueber die Volksversammlung am 20. d. M., in welcher Bebel sich scharf gegen den über die Verurtheilten verhängten Boykott, sowie gegen die unbedingten Streiks aussprach, sind, wie uns mitgeteilt wird, alle Berichte bedauerlicher Weise unvollständig gewesen. Nachträglich erfahren wir insbesondere noch, daß Herr Werner dem Abg. Bebel ausföhrlich und scharf, unter dem Beifall der Mehrheit der Versammlung erwiderte, und daß Bebel, der sich zum dritten Male zum Worte gemeldet hatte, nach der Werra'schen Rede darauf verzichtete. Erregt war man namentlich darüber, daß Herr Bebel vor der Versammlung erklärt habe, in derselben werde eine „Autorität“ — thatsächlich er selbst — sprechen. Ganz unzutreffend ist es ferner, die Aufhebung des Boykotts als eine Folge der Rede Bebel's zu bezeichnen. Sie war vielmehr von der Lokalkommission selbst beantragt worden und würde sicher mit ziemlicher Einstimmigkeit ausgesprochen worden sein, wenn nicht gerade Bebel sich über die Verhängung des Boykotts mißbilligend ausgesprochen und somit seiner Aufhebung eine andere Bedeutung beigelegt hätte, als die Mehrheit der Versammlung. Nachträglich wird sogar das Ergebnis der Abstimmung angezweifelt, nur von wenigen Seiten wird noch jetzt die Aufrechterhaltung des Boykotts bestritten, was natürlich praktisch ohne jede Bedeutung ist. Die Versammlung illustrierte wieder einmal deutlich, daß zwischen der gemäßigteren Mehrheit der Reichstagsfraktion einerseits und einem großen Theile der Berliner Parteigenossen andererseits eine starke Spannung besteht.

Auf diese Reporteranlassung wurde die „Berl. Ztg.“ gezwungen, folgende Abfertigung des Abgeordneten Bebel anzunehmen.

Berlin, den 24. Juni 1890,

In der heutigen Nummer Ihrer Zeitung bringen Sie Angaben über den Verlauf der Volksversammlung am 20. d. M., die ich als unrichtig bezeichnen muß.

Es ist nicht wahr, daß ich mich zum dritten Male zum Wort gemeldet hätte und nach der Rede des Herrn Werner auf das Wort verzichtete. Ich habe vielmehr, weil von einer Anzahl Parteigenossen durch Privatgespräche in Anspruch genommen, von den Werra'schen Ausführungen keinen Satz verstanden. Ich habe erst später von meinen Freunden gehört, in welcher Weise Herr Werner das Privilegium des Schlusswortes benutz haben soll, um meine Ausführungen zu entstellen und bebauerte nunmehr lebhaft, ihm nicht zugehört und entgegen zu haben.

Unwahr ist ferner, daß ich vor der Versammlung erklärt hätte, es würde eine „Autorität“ sprechen. Ist eine solche Behauptung in der Versammlung verbreitet worden — was ich nicht weiß — so war sie eine elende Erfindung und der Zweck derselben liegt klar auf der Hand.

Ich werde mir Mühe geben, den oder die Verbreiter dieser elenden Erfindung ausfindig zu machen und sie ge-
hörend zu kennzeichnen.

Hochachtungsvoll

A. Bebel.

Auf diese Weise in die Enge getrieben, mußte das freisinnige Organ nichts weiter anzuföhren, als daß es im Anschluß an die Erklärung des Herrn Bebel folgendes schreibt:

Was die von Herrn Bebel bestrittene Aeußerung, es würde eine „Autorität“ sprechen, anlangt, so wurde sie, als auf der Redaktion des „Berl. Volksblatt“ gefallen, allgemein in der Versammlung kolportirt.

Zunächst muß die Redaktion des „Berliner Volksblatt“ die Kolportagenmittheilungen der „Berliner Zeitung“ ebenfalls als das bezeichnen, was sie thatsächlich sind: als elende Erfindungen. Es konnte nach Lage der Sache keinem Mitgliede der Redaktion einfallen, eine ähnliche Aeußerung zu thun, weil es nicht feststand, ob Herr Bebel wirklich zu der Versammlung eingeladen war, obwohl derartige Gerüchte verbreitet waren. Die offizielle Einladung zum Besuch der Versammlung an die Mitglieder der Redaktion erfolgte auch erst im letzten Augenblick — und zwar am Donnerstag Abend gegen 6 Uhr. Wir sind in der Lage, diesen Thatbestand durch Zeugen feststellen zu lassen. Auch wir werden uns Mühe geben, den Erfinder jener Nachricht ausfindig zu machen, und bitten jeden Parteigenossen dringend uns hierbei behilflich zu sein.

Im Uebrigen aber wollen wir nicht verhehlen, daß wir über die Art und Weise, wie „in einer Versammlung kolportirte Gerüchte“ von einer Zeitung als feststehende Thatsachen weiter verbreitet werden, im höchsten Grade erstaunt sind. Es kann ein derartiges Benehmen allerdings weniger Verwunderung erregen, wenn man bedenkt, daß bisweilen in die Zeitungsredaktionen Leute hineingerathen, denen von Natur die Unterscheidungs-gabe für Wahres und Falsches, für Wahrheit und Lüge abgeht. So lange man die Leser eines Blattes nur als willkürliches Ausbeutungsojekt betrachtet, kommt es natürlich nicht darauf an, ob man ihnen die abgeschmacktesten Lügen für baare Münze vorsetzt.

Wenn sich die Leser der „Berliner Zeitung“ ein so sabelässiges Benehmen gefallen lassen, so ist es ihre Sache; uns kam es hauptsächlich darauf an, zu zeigen, wie perhibe die bürgerlich-Presse vorgeht, wenn es sich darum handelt, der sozialdemokratischen Partei Schwierigkeiten zu bereiten.

Achtung! Arbeiter des Südens und Westens Berlins Gesehene Arbeiterblätter zur besseren Agitation in den Provinzen werden in folgenden Sammelstellen entgegengenommen:

- Otto Klein, Ritterstr. 15 im Laden;
- E. Heherau, Heim- und Bergstraßen-Gde, im Restaurant Nummer;
- Paul Sucker, Fichtestr. 26;
- Wilhelm Werner, Bülowstr. 64;
- R. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Diejenigen Genossen der Provinzen, welche Arbeiterblätter zur Vertheilung in ihren Kreisen zugesandt haben wollen, mögen ihre Adressen an Otto Klein, Zigarrengeschäft, Berlin S., Ritterstraße 15, abgeben. Die Kommission. J. A.: Otto Klein, Ritterstraße 15.

Arbeiterfreundlichkeit. Der Schlosser Hermann Kam-math, Raunowstr. 2 wohnhaft, fragte am Montag, den 23. d. M., in der Fabrik von Ludwig Löwe in der Hollmannstraße um Arbeit an. Herr K. wurde dem Fabrikarzt vorgeführt, der ihn für vollkommen arbeitsfähig und gesund erklärte. Als Herr K. nun im Bureau der Fabrik in die Krankenkasse ausgenommen werden sollte und daher sein Alter angeben mußte, wurde ihm dort plötzlich gesagt, daß er zu alt sei. (Herr K. ist beiläufig gesagt, 53 Jahre alt und macht einen durchaus rüstigen Eindruck.) Man sagte ihm im Bureau, daß er doch noch einmal mit dem Inspektor Rücksprache nehmen sollte. Dieser Herr erwiderte jedoch, daß sich an der Sache nichts mehr ändern ließe, „das rü h r e v o m 1. M a i h e r.“ Vor dem 1. Mai hatte man dort immer noch ältere Leute in Arbeit gestellt. — Es ist das eine treffliche Illustration zu der Arbeiterfreundlichkeit gewisser Aktiengesellschaften.

Von Herrn David Grove, königl. Hoflieferant, Friedrichstr. 24 erhalten wir folgendes Schreiben:

Unter Bezugnahme auf § 11 ersuche ich Sie die in Ihrer Nothiz vom gestrigen Tage unter dem Schlagwort „Mahrregelung“ erschienenen Unrichtigkeiten zu widerrufen. Es ist nicht wahr, daß am Sonnabend, den 21. cr. meine Arbeiter mit der Bitte um eine Lohnerhöhung an mich herangetreten sind, sondern haben sich ca. 30 Hilfsarbeiter bereits am 15. Juni mit einem schriftlichen Ersuchen um Lohnerhöhung an mich gewandt, welchem auch so weit es die Verhältnisse erlaubten und die Betroffenen nach ihren Leistungen es verdienten, entsprochen wurde. Es ist nicht wahr, daß von den ca. 30 Arbeitern, welche das Schriftstück unterzeichneten, 5 plötzlich entlassen worden sind, sondern sind, wie dies bei einem größeren Fabrikbetrieb, in dem ca. 200 Menschen beschäftigt werden, unermesslich ist, am letzten Sonnabend-Abend zwei Entlassungen aus anderen Gründen nothwendig geworden, worunter speziell einer der Unterzeichneten des Schriftstücs war, der gerade für eine Lohnerhöhung seine Person betreffend ausersahen war.

Hochachtungsvoll

David Grove.

Der Prozeß Klausin ist vor einigen Tagen zu Ende geführt, nachdem über drei Vierteljahre seit dem Friedrichsberger Doppelmorde verhandelt wurde. Die Untersuchung hatte sich sehr in die Länge gezogen, obgleich man alles Material, welches am Sonnabend den Geschworenen vorgelegt wurde, gleich in der ersten Zeit zusammen hatte. Die begleitenden Umstände des Doppelmordes wiesen von Anfang an auf Klausin als den Thäter hin, und dessen Greifung ging ohne weitere Schwierigkeiten von Statten, da Klausin gar keinen Versuch gemacht hatte, sich vor den Behörden zu verbergen. Wer den Bericht über die Gerichts-verhandlung gelesen hat, wird sicherlich dem auf Schuldbilg lauten den Urtheilspruch der Geschworenen zustimmen; nach dem Verlauf der Beweiserhebung konnte der Wahrpruch nicht anders lauten, und bei dem Stände unserer Befehgebung war es dann ganz selbstverständlich, daß gegen Klausin das Todesurtheil gefällt werden mußte. Es ist also alles in bester Ordnung, und wer es nicht liebt, sich mit Gedanken und Zweifeln herum zu quälen, hat gar keinen Anlaß, sich weiter über die nunmehr abgethane Sache zu beunruhigen. Gleichwohl hat der Vorgang etwas sehr Peinliches. Wohl scheint, wie schon bemerkt, der Beweis für die Thäterschaft Klausin's vollkommen erbracht, aber es hat dennoch etwas geradezu Beängstigendes, einen Menschen zum Tode verurtheilt zu sehen, welcher selbst seine Schuld noch nicht eingestanden hat. Hier und da spielt im Leben der Zufall eine Rolle, wie in den phantastischen Romanen, und man kann die Möglichkeit nicht ganz von der Hand weisen, daß eine unschuldige Person nur durch eine wunderbare Verkettung der Umstände eines Verbrechens überführt erscheint. Und wenn man suchen will, findet man wohl auch in dem Material des Prozeßes Klausin Einzelheiten, welche in das Gesamtbild, das die Schuld des Angeklagten ergibt, nicht hineinpassen. Klausin hat sich nicht so benommen, wie man es gemeinhin von einem Mörder erwartet. Aus dem Mordbesunde ergab sich — und das muß Klausin selbst genutzt haben — von vornherein der stärkste Verdacht, daß Klausin der Thäter sei. Für diesen mußte also, nachdem er die Mordthaten vollbracht, nach allgemeinem Ermessen der erste Gedanke der sein, sich durch schleunigsten Flucht den Behörden zu entziehen. Klausin aber hat überraschender Weise diesen Gedanken nicht gehabt oder doch nicht ausgeführt, sondern er begab sich nach seinem Heimathort, wo natürlich seine Anwesenheit sofort bekannt werden mußte. Man dürfte in der Kriminalgeschichte nicht viele Beispiele haben, daß ein Raubmörder so auf jeden Versuch verzichtet hat, die Früchte seines Verbrechens zu genießen, sich vielmehr so willenlos stupide in die Hände der Polizei lieferte. Bei seiner Verhaftung war das Benehmen Klausin's ein derartiges, daß der Amtsvor-sitzer Klapper von Arkiten entschieden den Eindruck der Unschuld Klausin's hatte. Unheimlich räthselhaft ist ferner die Aussage des Zeugen Bernasch, welchem ein unbekannter Mann sagte: „Der Schneider ist gänzlich unschuldig, verlassen Sie sich darauf, ich weiß es.“ Der Mann mit dem schwarzen Bart und Anzug ist es gewesen.“ Die Persönlichkeit, welche in einem Privatgespräch dieses Zeugnis abgelegt hat, ist nicht ermittelt worden, und gewiß kann man angehtsch des anscheinend erdrückenden Schuldbeweises sagen, daß es sich wahrscheinlich nur um eine ganz werthlose Meinungsäußerung irgend eines beliebigen Menschen handle. Nimmt man aber dazu das oben dargelegte psychologische Räthsel, welches Klausin als Mörder und ausgiebt, und nimmt man dazu die widerprüchsvollen Zeugenaussagen darüber, ob die ermordete Frau Waneß öfters Männerbesuche empfangen hat oder nicht, so wird man doch sagen müssen, daß das Bild, welches man von dem Falle Klausin erhält, nicht in allen Linien ein einheitliches ist.

Und nun ist er zum Tode verurtheilt! Das heißt nichts Geringeres, als daß, wenn das Urtheil vollstreckt wird, und wenn sich, was allerdings im höchsten Grade unwahrscheinlich, aber doch immerhin nicht ganz unmöglich ist, später das Urtheil als unrichtig herausstellen sollte, es nicht mehr möglich sein wird, eine Korrektur vorzunehmen. Die Möglichkeit solcher Urtheilsprüche ist neben vielen anderen ein schwerwiegender Grund gegen die Todesstrafe. Wir wollen uns hier nicht in rechtlich-philosophische Untersuchungen darüber einlassen, ob der Gesellschaft überhaupt das Recht zuerzennen ist, einen Verbrecher wie einen tollen Hund zu tödten, wir wollen auch nicht auf die Theorie des Verbrechens im allgemeinen eingehen, auf die individuelle Verantwortlichkeit der Verbrecher und auf das Maß von Schuld, welches unsere mangelhafte organisierte Gesellschaft selbst an den in ihr vorkommenden Verbrechen trifft — alle diese Fragen sind unseren Lesern nicht fremd — aber es ist gut, in jedem einzelnen Falle darauf hinzuweisen,

welche erdrückende Verantwortung auf den Staat bei jedem von seinen Richtern ausgesprochenen Todesurtheil fällt. Die Gründe, welche gegen die Todesstrafe geltend gemacht werden, hat noch niemand widerlegt, wohl aber sind die Gründe, welche man noch für die Todesstrafe vorbringt, durch die Thatfachen als hinfällig erwiesen. Das Beispiel Italiens, wo schon seit zwölf Jahren kein Todesurtheil mehr vollstreckt worden ist, und wo durch das neue vor zwei Jahren eingeführte Strafgesetzbuch die Todesstrafe auch gesetzlich abgeschafft worden ist, zeigt die Unhaltbarkeit der Behauptung, daß die Todesstrafe als Repressivmittel gegen das Verbrechen des Mordes in Betracht komme. Wir hoffen, daß auch der Mordprozeß Klausin der Agitation gegen die Todesstrafe neue Anhänger zuführen wird. Wir wollen hier nicht weiter auf den gegenwärtig in Frankreich die öffentliche Meinung erregenden Fall Corras exemplifizieren, wo ein

Unschuldiger zum Tode verurtheilt worden und nur durch die Begnadigung dem Fallheil entgangen ist — ein so unerhört leichtsinniges Verfahren der richterlichen Behörden gehört glücklicherweise zu den Seltenheiten — sondern wir wollen uns nur an das uns zunächstliegende halten. Höchst seltsam war es da am Sonnabend, daß der Staatsanwalt im Mordprozeß Klausin sich ausdrücklich gegen den Satz wandte, monach es besser sei, daß zehn Schuldige ihrer Strafe entgingen, als daß ein Unschuldiger verurtheilt würde. Wir sind überzeugt, daß dieser Satz, wenn er auch manchmal strengen Juristen nicht gefällt, dennoch dem Rechtsbewußtsein des Volkes entspricht. Sollte es nicht, wenn von amtlicher Seite eine solche Anschauung ausgesprochen wird, um so dringender notwendig sein, durch die Abschaffung der Todesstrafe die Möglichkeit eines für alle Zeiten unforgibaren Falschurtheils zu beseitigen?

Polizeibericht. Am 24. d. Mts. Vormittags wurde auf der Schleen-Insel, in der Nähe der Stadtbahn, ein unbekannter, etwa 45 Jahre alter Mann erhängt aufgefunden. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe geschafft. — Zu derselben Zeit sprang vor dem Hause Leipzigerstraße 72 ein Mann von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen, gerieth hierbei mit dem Fuß unter den Wagen und erlitt eine so bedeutende Quetschung, daß er mittelst Droschke nach der Charitee gebracht werden mußte. — Mittags stürzte auf dem Neubau Kastanien-Allee 99 der Zimmermann Haase infolge eigener Unvorsichtigkeit aus dem 5. Stock auf den Hof hinab und verstarb auf der Stelle. — Zu derselben Zeit wurde im Spreekanal, an der Schleuse, die bereits in Verwesung übergegangene Leiche eines neugeborenen Kindes angeschwemmt. Beide Leichen wurden nach dem Schauhaufe geschafft.

Theater.
Donnerstag, den 28. Juni.
Spernhaus. Don Juan.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Berliner Theater. Der Probepfeil.
Deutsches Theater. Faust. I. Theil.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der arme Jonathan.
Walker-Theater. Ramsell Nitouche.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Ostend-Theater. Heinrich Heine. Vorher: 1733 Thlr. 22 1/2 Sgr.
Pellenkianze-Theater. Der Nauhilus.
Kroll's Theater. Undine.
Raufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Hamburger Maurer!

Alle in Berlin arbeitenden Hamburger Maurer werden dringend ersucht, am Sonntag, den 29. Juni, Vormittags 10 Uhr, Puttkamerstr. 13 (Schulze's Restaurant), zu erscheinen.

Alle Berliner Maurer werden gebeten, selbiges dem Hamburger Maurern zu unterbreiten.

F. Zimmer. A. Sachse.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Töpfer und verw. Berufsgenossen, Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß vom 1. Juli d. J. die Zahlstellen wie folgt eingerichtet sind:

1. Restaurant Berschke, Adalbertstr. 16, Montag Abends von 5 1/2—7 1/2 Uhr.
2. " Seindorf, Langestr. 70, Montag Abends von 8—10 Uhr.
3. " Grassunder, Schwerinstr. und Bietzenstr.-Ecke, Mittwoch Abends von 7—9 Uhr.
4. " Steinert, Müllerstr. 17 1/2, Eingang Fennstr., Donnerstag Abends von 7—9 Uhr.
5. " Mierke, Schönhauser Allee 21, Sonnabend Abends v. 6—9 Uhr.

In sämtlichen Zahlstellen wird die Krankenunterstützung ausgezahlt und neue Mitglieder aufgenommen. Mit kollegialischem Gruß
Carl Sabany, Bevollmächtigter, Kesselftr. 20,
Otto Greier, Kassirer, Köpnickstr. 100.

Allgem. Metallarbeiter-Verein Berl. u. Umgeg.

Donnerstag, den 26. Juni cr., Abends 8 Uhr, bei Jordan, Neue Grünstr. 28:
Große beschließende Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Unsere gegenwärtige Lage. Referent: Herr A. Grisch.
2. Diskussion.
3. Beschlußfassung über ein im August abzuhaltendes Sommer- und ein im Dezember abzuhaltendes Stützungsfest.
4. Antrag betreffs Ausschließung einiger Mitglieder.
5. Verschiedenes und Fragelasten.
Die Kollegen werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung sämmtl. Zimmerer Berl. u. Umgeg.

am Donnerstag, den 26. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in May's Salon, Beuthstr. 22.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Zentral-Streit-Kontrollkommission.
2. Revisorenwahl. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Zimmerers, zu erscheinen.
Der Gesellen-Ausschuß.

Gr. öffentl. Steinmetz-Versammlung

am Freitag, den 27. Juni, Abends 8 Uhr, in Domack's Salon, Johannisstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Buzlauer und Wiesbadener Streik.
2. Abrechnung vom 1. Mai.
3. Verschiedenes.
Es wird gebeten, sämtliche Leistungen mitzubringen.
Der Einberufer: A. Kempel, Steinmetz, Müllerstr. 3, III.

Männer-Gesangverein „Senefelder“

Steindruckerei und Lithographen.
Am Sonnabend, den 28. Juni, in Weimann's Volksgarten (Gesundbrunnen):

I. Stiftungsfest.

Großes Vocal- und Instrumental-Concert unter Leitung der Herren Ehrner u. Janger.
Auftreten berühmter Spezialitäten.
Grosse Fackel-Polonaise, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. — Die Fackelzüge ist von 2 Uhr an eröffnet.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. An der Kasse 40 Pf.
Der Reinertrag fällt der Wittve des Verstorbenen Kollegen A. Bastian zu.
Billets sind zu haben bei:
Ad. Neumann, Brunnenstr. 101, 2 Tr.,
P. Geut, Kottbuser Damm 6, 3 Tr.,
und in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Deutscher Schneider-Verband

Filiale Berlin.
Heute, Donnerstag, den 26. Juni d. J., Abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

i. Grätzel's Bierhallen, Kommandanten-Strasse 77/79.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadt. Herrn Zubeil über Gewerbe-Schiedsgerichte. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Bezahlung von Beiträgen. 4. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen aller Kollegen bitten
Die Lokalverwaltung.

Fischlerwerkstatt, 8 Bänke, Raum zu 6 Bänken, billige Miethe, billig zu verkaufen. Fehrbellinerstr. 97, S. i. Keller.

Mittagskaffee m. Bier 50 Pfennige. E. Völcker's Bierhaus, Falkensteinstr. 11.

Central-Kranken-Kasse der Maurer u. s. w. Grundstein zur Einigkeit.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, 29. Juni, Vorm. 10 Uhr, im Kassenlokal Bismarckshöhe:

Gr. Mitglieder-Versammlung.

Auf der Tagesordnung: Vorstandswahl und mehreres.

Daß die Versammlungen in dem jetzigen Kassenlokal recht zahlreich besucht werden, erwartet Der Vorstand.

Roh-Tabak sämmtlicher Sorten.
Größte Auswahl, billigste Preise.
667 G. Elkhuyzen, Mühlstr. 10.

Sophabezüge Kette, 3 1/2—15 Meter, unterm Kostenpreis.
Fabriklager Zimmerstrasse 86, S. prt.

Soeben erschien:
Heft 6.
Dr. W. Zimmermann's
Großer Deutscher Bauernkrieg.
Illustrierte Volksausgabe.
Herausgegeben von **Wilhelm Bloß.**
Preis pro Heft 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die **Exposition, Beuthstrasse 3.**
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestrasse 1a.
Meine Poliklinik für Zahnleidende ist wochentäglich von 8—10 Uhr Vormittags, 12—1 Uhr Mittags, 4—6 Uhr Nachmittags geöffnet. Behandlung und Zahnziehen unentgeltlich. Für Plomben und künstl. Zähne werden dieselben Beträge berechnet wie im Universitäts-Institut.
Dr. Erich Richter, approbirter Zahnarzt.

TIVOLI.
Ausschank der Tivoli-Brauerei.
J. May's Fest-Säle,
Beuth-Strasse 21—22.
Grosse, mittlere, kleine Säle zu Hochzeiten, Versammlungen etc. zu billigen Bedingungen, einschliesslich des Prachtessales des Vereins junger Kaufleute. [2078]
Grosse Restauration, Mittagstisch zu kleinen Preisen.

Englischer Garten.
Direktion: C. Andress, Alexanderstrasse 27 c.
Auftreten d. Liedersängerin Fräulein Steinow.
Auftreten des Gesangshumoristen Herrn Jonas.
Auftreten des Komikers, Mimikers und Stimmen-Imitators Herrn Göldeke.
Auftreten der Geschwister Herzog.
Auftreten des musikalischen Regener-Klown Mr. de Dolfs.

Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion A. Ködman.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pfg.
Son- und Festtags 25 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
641 F. Müller.

Variété-Theater.
(Hasenheide)
Herrmannstr. 18 — Neue Strasse 18.
Sonntag, den 29. Juni 1890:

Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.

Durchweg neues Programm.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Der Vorstellung 6 Uhr. — Entree 20 Pf.
Montag, den 30. Juni 1890:

Der Possillon von Müncheberg.

Gr. Possé mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern.
Anfang des Konzerts 6 Uhr. — Der Vorstellung 8 Uhr. — Entree 20 Pf.

Passage I Tr. 9 Uhr M. 6. 10 Uhr Ab.

Kaiser-Panorama.
Hervorrag. Sehenswürdigk. d. Reichens.
Eine Wanderung durch Rom.
Eine bequeme Rheinreise.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 M.

Rheinländischer Tunnel,

gen.: „Die ideale Vogelkiste“, Berlin N., Casselerstraße 73, gegenüber der Bergstraße.

Im Lokal photographisches Atelier zur Benutzung. — Jeder Gast, auch wenn derselbe nur für 10 Pfennige verkehrt, wird

gratis photographirt

und erhält sein Bild sofort als Gratispräsent. Höchst scherzhaft!

H. Schultze (mit n. t.).

Einige Keller-Photographien der Welt. 1940

Restaurant zum Zichtenhain, Stolpe.

Mein direkt an der Nordbahn, in unmittelbarer Nähe des Baldes belegenes

Restaurant zum Zichtenhain, Stolpe.

mit neu erbautem grossen Saal, Bühne, Pianino, Regalbahn u. dergl., empfehle ich den geehrten Vereinen zu Ausflügen.

Ausschank

von „Münchener Bräuhaus“.

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. [1834]

M. Jssing, Gastwirth.

Kaltstelle Stolpe an der Nordbahn.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins. E. Volcker's Bierhaus, Falkensteinstr. 11.

Gestern Abend 1/10 Uhr entriß uns der unerbittliche Tod infolge Gehirnblutung meinen innigstgeliebten und unvergesslichen, theuren Gatten, unseren lieben guten Vater, Großvater, Bruder und Onkel, den Schuhmachermeister Gustav Schulze, im 61. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetäubt an im Namen der Hinterbliebenen

Frau Julie Schultze, geb. Blumenthal.

Carl Schultze, Franz Schultze, Herrmann Schultze, als Söhne.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. Juni, Nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause Oranienstr. 6 nach dem Michaeliskirchhofe bei Witz aus statt.

Dank!

Hiermit sagen wir dem Gesangverein „Treu u. Einigkeit“ für die Veranstaltung des Wohlthätigkeits-Konzerts, sowie dem Humoristen Herrn P. Hanzei für dessen Mitwirkung unser herzlichsten Dank. [2150]

Die Familie Hillen.

Eltern, welche ihre Töchter zu tüchtig, Schnelldorinnen (Methode Kuhn) ausbilden lassen wollen,

empfehlen sich das Atelier von J. P. Müller, Zimmerstr. 53, III rechts.

Ausbild. theoretisch u. praktisch. [1828]

Empfehle allen Genossen mein

Weiss-u. Bairisch-Bier-Lokal.

2 Vereinszimmer mit Piano sind zu vergeben. Um Zuspruch bittet

A. Flick, Boyenstraße 40 part.

Ein Zigarrengeschäft zu verkaufen. Näheres Wasserhorststr. 20. [2220]

Ein junger Arzt im S.-O. gewährt geeigneten Leuten vom 1. August ab, gegen Uebernahme der Bedienung, freie Wohnung (Stube, große Küche nebst Zubehö.). Offerten unter A. S. in der Expedition d. Bl. [2154]

Ein Parteigenosse, der nach Amerika auswandert, will seine Wirtschaft, welche fast neu ist, verkaufen. Zu erfragen Exped. d. Bl. u. A. A. 60. [2154]

Ein Herr sucht sep. Schlafstelle möglichst allein. Adressen H. G. I. S. D. n. r., Dresdenstr. 105, Hof 2 Tr. L. [2156]

Freundl. Schlafstelle mit sep. Eing. Leipziger Pl. 14, S. r. 3 Tr. b. Hammerstr. [2156]

Ein Tischler auf Kundenarbeit wird verlangt Friedrichsgracht 61. [2153]

Ein tüchtiger Färber für Hornlöse wird gesucht. Adr. unter G. S. mit Beifügung v. selbstgefertigten Proben an die Exped. d. Bl. erbeten. [2158]

Stuckateure!

Tüchtige Pan-Stuckateure zum Ziehen und Anfeilen sofort gesucht.

P. Henseler, Dresden, Güterbahnstr. 10. [2150]

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 145.

Donnerstag, den 26. Juni 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 25. Juni.

Eröffnung 12 Uhr.

Gestorben ist der Vertreter des 15. hannoverschen Wahlkreises, Graf Bernstorff. Das Haus ehrt sein Andenken in üblicher Weise.

Der bisherige Abg. Niquel theilt seine Ernennung zum Finanzminister mit, wodurch sein Mandat erloschen sei.

Die Berathung des Gesetzentwurfs über die Friedenspräsenzstärke wird fortgesetzt.

Abg. v. d. Decken (Welfe) erklärt, seine Freunde nehmen genau dieselbe Seite zum Vaterlande für sich in Anspruch, wie jeder Andere im Hause. Bei dem Durchlesen der Motive der Vorlage habe er kaum seinen Augen getraut, als er auf die Stelle gestossen sei, daß man 1887 nicht habe vorhersehen können, wie schon jetzt wieder eine Vermehrung der Truppen notwendig werden. Darin liege die beste Rechtfertigung für diejenigen, welche schon damals dem Septennat entgegen waren. Daß gegenwärtig eine Gefahr für das Reich vorliege, werde in den Motiven der Vorlage nirgend behauptet, seine Freunde wüßten deshalb der Vorlage nicht beistimmen. Die Militärverwaltung müsse das Erforderliche im Rahmen des Septennats zu erreichen suchen. Bedürfte es einer Vermehrung der Artillerie, so müsse anderweit gespart werden. Es müsse doch endlich einmal Halt gemacht werden; geschehe das nicht, so werde gerade das eintreten, was man durch die ewigen Rüstungen vermeiden wolle, und zwar eintreten in Folge der Verzweiflung der Massen. Endlich einmal müsse auch mit dem System gebrochen werden: Macht geht vor Recht. Wiederherstellen müsse man das 1886 gebrochene Völkerrecht, dann werde das allgemeine Vertrauen wieder zurückkehren. Die stete Steigerung der Militäraufgaben könne das nicht bewirken, deshalb lehnten er und seine Freunde die Vorlage ab.

Abg. v. Huene (Zentr.) will nur auf einige Angriffe gegen das Centrum antworten. Der Herr Reichszähler habe den Ausdruck „unerschwingliche Lasten“ bemängelt, weil das Ausland daraus schließen könne, daß schon jetzt Deutschland am Ende seiner Leistungsfähigkeit angekommen sei. Er seinerseits glaube dagegen nicht, daß das Ausland aus jenem Ausdruck einen solchen Eindruck gewinnen könne. Der Reichszähler habe deshalb keinen Anlaß gehabt, sich so abfällig über die Resolution zu äußern.

Was der Herr Reichszähler gegen die zweite Resolution (einjährige Präsenzfeststellung) erklärt habe, sei wohl weniger gegen die Resolution, als gegen den freisinnigen Antrag gerichtet gewesen. Daß die Erklärung so kurz ablehnd gelaute habe nicht Windthorst verschuldet, der ja eine knappe solidarische Erklärung vom Reichszähler erbeten habe. Für die Aufgabe des Reichszählers in Bezug auf vermehrte Beurteilungen dankte er dem Reichszähler. Es wäre übrigens eine Beleidigung des Reichszählers, wollte man annehmen, derselbe habe die vermehrten Beurteilungen lediglich für den nächsten Herbst vermehrt. Richter irrt, wenn derselbe gemeint, die Beurteilungen seien nicht populär. Richter wisse jedenfalls nicht, in welchem Umfang Beurteilungen von den Betreffenden gewünscht würden. Die Konzeption des Reichszählers sei daher in der That eine sehr wirtschaftliche. Auch er würde die Einführung der zweijährigen Dienstzeit als ein sehr erfreuliches Resultat ansehen. Dieselbe genieße aber doch eine größere Popularität, als sie verdiene. Für nicht bloß das Interesse der Ausbildung zum Soldaten, auch für die zweijährige Dienstzeit zweifellos nicht geringe Kosten würde die zweijährige Dienstzeit zweifellos einen größeren Anlaß von Verursachern, denn es bedürfte alsdann einer größeren Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren. So rasch, wie der freisinnige Antrag es verlange, bis März 1892, seien auch die erforderlichen Umgestaltungen zu demselben Zweck nicht zu ermöglichen. Endlich aber sei es formell unrichtig, auf dem Wege eines Amendements zu einem solchen Gesetze Veränderungen herbeizuführen. Mit demselben Rechte könnte man ja auch auf demselben Wege versuchen, das allgemeine Stimmrecht abzuschaffen. Sei das eine würdige Art, formell eine Verfassungsänderung zu bewerkstelligen? Richter habe gefordert, Abg. Windthorst nachgesagt, derselbe habe mit der Angst operiert. Ja, dieser Muth Richter's auf anderer Leute Kosten sei billig. Windthorst und seine Freunde seien sich nur der Nothwendigkeit bewußt, unser Heer so auszurüsten, daß es dem Feinde gewachsen sei. Es sei nur zu bedauern, daß gerade bei einer solchen Vorlage ein gewisser Kampf zwischen Reichstag und Regierung in Szene gesetzt werde. Man sollte sich hier nur die Frage vorlegen, ob die Vorlage nothwendig sei; und sei sie nothwendig, dann solle man doch auch einig sein.

Reichszähler v. Caprivi erwidert dem Vorredner in Bezug auf die Wendung der Resolution „unerschwingliche Lasten“: er hätte sich gestern vielleicht anders ausdrücken sollen; er stehe hier als Vertreter der verbündeten Regierungen und vertrete nicht irgendwelche persönliche Zukunftspläne, sondern nur die Wünsche der Regierungen. In Bezug auf die Beurteilungen — nicht bloß im nächsten Herbst — habe ihn der Vorredner richtig aufgefaßt.

Staatssekretär v. Malshahn wendet sich hauptsächlich gegen die finanziellen Bedenken Richter's, bespricht, daß der deutsche Steuerzahler der Hölle halber höher belastet sei, als der englische, und weist darauf hin, daß von dem von ihm als möglich hingestellten neuen Steuerwuchs um 60 Millionen Mark doch ein sehr großer Theil auf die Invaliditäts- und Altersversorgung entfalle. Aber gerade diese komme doch den untersten Steuerzahlern zu Gute. Mit der Deckung der Ausgaben der Zukunft werde man sich ja nicht ohnehin später zu beschäftigen haben, wenn eine entsprechende Vorlage an das Haus gelange. Es werde sich ja auch erst zeigen müssen, in wie weit die verfassungsmäßig bereits zu Gebote stehenden Einnahmequellen erschöpft seien. Er denke hier auch an die Züfsteuer. Die Abschaffung der Ausfuhrprämien auf Zucker halte er für ein erstrebenswerthes Ziel. Je nach den Verhältnissen, die der 1. August bringen werde, werde man hierüber seine Entschlüsse zu treffen haben.

Abg. Gebel (Soj.): Es war mir interessant, daß der Schatzsekretär, nachdem er in der Militärkommission die Getreidezölle gewissermaßen als einen eisernen Einnahmeposten bezeichnet hat, nicht daran denkt, die Züfprämien, die einer kleinen Minorität reicher Leute alljährlich Millionen in die Tasche schiebt, zu beseitigen, ebenso wenig wie die Steuerdifferenzprämien aus der Branntweinsteuer an die Großbrenner, das er aber wohl an neue Steuern denkt, die in der Hauptsache immer wieder auf die niederen Klassen fallen. Diese Zustände müsse man doch endlich einmal ändern. Den militärtechnischen Ausführungen des Abg. v. Huene will ich als Laie nicht folgen. Seine Rede hat aber doch auf mich den Eindruck gemacht, als ob weit mehr seine Stellung als Freiherr und Major, wie als Abgeordneter zum Ausdruck gekommen ist. (Zustimmung links.) Er hat mehr gegen als für die Resolutionen seiner Partei gesprochen. (Zustimmung links.) Er sagte, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine ganz besondere Ungleichheit in den verschiedenen militärischen Kategorien herbeiführen würde. Herr v. Huene muß

als Militär wissen, daß diese Ungleichheit trotz der dreijährigen Dienstzeit schon jetzt in hohem Maße vorhanden ist. (Sehr richtig! links.) Ich erinnere nur an das Institut der Ersatzreserve und der Einjährigfreiwilligen. Infolge des Systems der Dispositionserlaube bestiehe schon jetzt die zweijährige Dienstzeit bei einem erheblichen Theile der Truppen. Es brauchte im Wesentlichen nur gesetzlich festgelegt zu werden, was jetzt schon besteht. Interessanter waren mir die Ausführungen Windthorst's, der in seiner Parteistellung kaum wieder zu erkennen war. Er hat gesprochen wie ein Mann, der zur Kartellpartei gehört, der mit allen Mitteln der Angstmacherei uns in dem Volke vor Augen stellen will, daß, wenn wir diese Forderung nicht bewilligen, das deutsche Vaterland der Gefahr ausgesetzt sei, dem ersten feindlichen Ansturm zu erliegen. Es lag in seinen Worten, daß, wer dieser Vorlage nicht zustimmte, sich einer Art des Vaterlandsverraths schuldig machte. (Sehr richtig! rechts.) Das war derselbe Ton wie 1887. Das kommt davon, wenn man, wie er und seine Partei, auf dem besten Wege ist, Regierungspartei sans phrase zu werden. (Murren im Centrum.) Im Wahlkampf ist das Centrum genau wie die Linke für eine Verminderung der militärischen Lasten eingetreten. Diesen Austritten hat es wesentlich seine Wahlerfolge und die Unterstützung zu danken, die es bei den Stichwahlen von der Linken erhalten hat. (Sehr wahr! links.) Heute, wo es die ausschlaggebende Partei in diesem Hause ist, hat es sein Versprechen vollständig vergessen. (Lebhafter Widerspruch im Centrum, Zustimmung links.) Ich sage, Sie haben es vergessen, milder kann ich mich nicht ausdrücken. Sie werden mir doch zugeben, daß, selbst wenn diese Vorlage in allen ihren Theilen abgelehnt wird, doch gar nicht daran ist, daß Deutschland wehrlos, der Bestand des deutschen Vaterlandes in Frage gestellt ist. Angesichts der ungeheuren Bewilligungen der letzten Jahre wäre das eine starke Behauptung, Windthorst hat sich denn auch in dem Gefühl, daß seine Begründung einen erheblichen Theil der Wähler des Centrum nicht befriedigen wird, um einige Verhüllungen über die Zustimmung zu schaffen, sich für eine allgemeine militärische Abrüstung ausgesprochen. So sehr ich nun mich selbst mit diesem Gegenstande befaßt habe, so bin ich doch bis heute noch nicht dahin gekommen, anzuerkennen, daß dieser Gedanke ausführbar ist. Ein solcher Antrag hat einmal nach Maßgabe der Stimmung der maßgebenden Kreise keine Aussicht auf Annahme, und vor allem hat ein etwaiger Beschluß keine Garantie der Ausführung. Im Ernstfalle wird man eben an die Stelle der offenen die geheimen Rüstungen setzen. Die gegenwärtige Situation ist eine Wirkung der Ereignisse von 1870/71. Mit der Annexion von Elsaß-Lothringen mußte es jedem politisch Gebildeten zweifellos sein, daß Frankreich und Russlands Interessen solidarisch seien und dazu führen müßten, sich gegen Deutschland zu stellen. Als 1870 Siebnacht und ich und 1871 ich allein etwas Ähnliches ausgesprochen, wurden wir ausgelacht. Heute kann ich mit Genugthuung konstatieren, daß diese Voraussage sich verwirklicht hat. Kein einziger Mensch in Deutschland mit gesundem Sinnen wird die Nichtigkeit dieser Auffassung bestritten. (Oho! rechts.) Ich gebe dem Referenten zu, daß Deutschland keine Eroberungen machen will, daß in den höchsten Kreisen oder sonst die Absicht nicht besteht, Deutschland in einen Krieg irgend welcher Art zu führen. Das hängt aber nicht von unserem Willen ab. In weiten Kreisen Frankreichs besteht nach wie vor der Gedanke, man mag das ja verurtheilen oder auch bedauern, die Thatsache steht aber fest, Elsaß-Lothringen wieder zu erobern. Dieser Wunsch aber war es in erster Linie, der Russland bewegen hat, sich Frankreich zu nähern. Russland hat von je her danach gestrebt, sich in die Verhältnisse Deutschlands zu mischen und eine Zersplitterung aufrecht zu erhalten. Diese Art, im Treiben zu sitzen und Deutschland zu schwächen, wurde durch das Jahr 1870 zertrübt. Es hat nach wie vor die Absicht bestanden, die Herrschaft nicht nur über das Schwarze und Mitteländische Meer, sondern auch über die Dnieper, insofern dessen über die Dnieperprovinzen, zu bekommen. Der Verfasser der Broschüre „videant consules“, der unzweifelhaft den höchsten militärischen Kreisen angehört, und die politischen Beziehungen Deutschlands genau kennt, hat direkt erklärt: Russland ist ein Feind, gegen den wir unsere ganze Macht zu richten haben. Mit Recht hat demgegenüber der Reichszähler darauf hingewiesen, daß wir nicht daran denken können, die russischen Dnieperprovinzen zurückzuerobern. Mit Russland und Frankreich können wir allein unmöglich fertig werden, wenn wir auch den letzten Mann und letzten Groschen aufbieten. Der Dreibund Deutschland, Oesterreich und Italien ist zu Stande gekommen in der Erkenntnis der Solidarität der Interessen. Kommen wir aber mit unseren Bundesgenossen gegen Frankreich und Russland in Krieg, so würde die Türkei und Rumänien nicht mäßig bleiben. Russland müßte sich auf einen Defensivkrieg beschränken, Frankreich müßte seine Grenzen nach Savoyen und Belgien decken, und Englands Neutralität würde sicherlich nicht Frankreich und Russland zu Gute kommen. Der Abg. Windthorst hat vergeblich von dem Reichszähler eine bestimmt ablehnende Antwort hinsichtlich weiterer Pläne der Regierung begehrt. Die Regierung denkt nicht daran, von diesen Plänen abzugeben. Der Plan, daß jeder weisheitsfähige Mann auch ausgebildet werde, ist uns durchaus nicht unsympathisch; diesen Standpunkt haben wir stets vertreten. Aber gegen die Ausführung des Planes haben wir so erhebliche Bedenken, daß wir uns auch gegen diesen selbst erklären müssen. Auf dem Boden der tatsächlich bestehenden Militärorganisation und namentlich der Militärpflicht von drei Jahren den Plan zu verwirklichen, ist eine Utopie. Die Verwirklichung ist selbst bei zweijähriger Dienstzeit nicht möglich. Die Söhne unserer bestehenden Klassen absolvieren ihre militärische Bildung in einem Jahre. Dieses Privilegium der Gebildeten ist nach unseren heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein Privilegium des Besitzes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn nun unseren bestehenden Klassen, die durch ihre Vertretung die Gesetzgebung in der Hand haben, nicht dieses Privilegium eingeräumt wäre, nie und nimmer würde von ihnen die Zustimmung zu der dreijährigen Dienstzeit erlangt worden sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Nun sagt man im Volke mit Recht: wenn es möglich ist, die Söhne der bestehenden Klassen, die im Durchschnitt nicht mehr Intelligenz besitzen, in einem Jahre so weit auszubilden, daß sie nicht bloß den Gemeinen absolvieren, sondern auch Unteroffiziere, Feldwebel und sogar Offiziere abgeben, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß ein Jahr auch für die Ausbildung der Söhne der übrigen Bürger ausreicht. Die ganze Art unserer heutigen militärischen Ausbildung entspricht dem eigentlichen Zweck der Ausbildung für den Kriegsfalle nicht. Der Verfasser der Broschüre „videant consules“ übt daran eine solche Kritik, daß ich mich nur wundere, daß sie unverfolgt bleibt. Würde etwas Ähnliches aus unseren Reihen geschehen, so würde sicher eine Verfolgung wegen Beleidigung der Armee eintreten. Jährlich findet hier im Mai eine große Parade statt; nicht bloß wochen-, sondern monatlang müssen die Mannschaften von früh Morgens bis Abends spät auf dem Exercirplatz sich für die Parade vorbereiten, um vor den Augen des höchsten Kriegsherrn bestehen zu können. Wenn mit solchen Einrichtungen endlich einmal gebrochen würde, wenn die wahre Aufgabe der militärischen Verwaltung verwirklicht würde, die Mannschaften einzig und allein

für den Krieg auszubilden, dann würde ein Jahr reichlich genügen, um das, was wir für die Vertheidigung brauchen, zu erreichen. Wenn, wie es in der Regel geschieht, im Frühjahr ein Krieg ausbricht, so hat ein Drittel der Mannschaften nur sechs Monate, ein anderes Drittel nur 18 Monate, und nur der Rest 2-3 Jahre gedient. Die ersten beiden Drittel thun aber nicht weniger ihre Schuldigkeit, als die Dreijährigen. Die Sachsen hatten 1866 nur ein Dienstjahr, und doch wird Jedermann der sächsischen Armee das Zeugnis ausstellen, daß sie sich an der Seite der Oesterreicher mit großer Bravour und Tüchtigkeit geschlagen. In den amerikanischen Kämpfen waren die hervorragendsten Soldaten, die vorher niemals einen militärischen Griff gekannt. Die geschulte Armee Napoleons III. war 1870 in sechs Wochen niedergeschmettert, während der zusammengelaufene Haufe der Republik uns sechs Monate zu schaffen machte. Der Abgeordnete von Mantuffel selbst hat zugegeben, daß die Infanterie der Voirearmee, die eben erst zusammengetrommelt war, ihre Widerstandsfähigkeit bewiesen habe, nur die Artillerie habe nichts gelaugt. Das wird Jeder zugeben, daß die Artillerie einer längeren Vorbildung bedarf. Der Krieg vom September 1870 bis zur Uebergabe von Paris wurde von zwei Männern ins Leben gerufen und geführt, die keinen Tag vorher Soldat gewesen waren, von dem Advokaten Gambetta und dem Ingenieur Freycinet. Man sollte hier in Deutschland einmal die Zumuthung stellen, daß an Stelle eines abgeleiteten Soldaten ein Zivilist Kriegsminister würde, das würde ein schönes Geschehen geben. (Heiterkeit.) Wenn wir jeden weisheitsfähigen Mann militärisch ausbilden, müssen wir auch insbesondere dafür sorgen, daß jeder einzelne freudig dem Rufe folgt. Das können wir leider heute nicht sagen trotz der wunderbaren Erklärung des Generals Vogel von Falckenstein, wonach die Kaserne ein Ort ist, wo die Soldaten sich an Kommissbrot satt essen können und Fleisch nach Belieben bekommen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Man begreift darnach gar nicht, warum alljährlich so zahlreiche Personen vor Gericht gezogen werden, weil sie sich ihrer Militärpflicht entzogen, und warum Alles aufgeboten wird, um nur vom Militärdienst frei zu bleiben, wobei die große Zahl der Selbstmorde in der Armee kommt. (Anruhe rechts.) In der Armee ist der Prozentsatz der Selbstmorde erheblich höher als in der Zivilbevölkerung. Zwischen 12 und 20 Prozent sämtlicher Gestorbener in der Armee fällt auf die Selbstmorde. Wenn Ähnliches in der Zivilbevölkerung vorkäme! (Auf rechts: Ist nicht zu vergleichen!) Wenn Se. Majestät in einem Erlass jünger aufforderte, den Truppen eine anständige Behandlung zu Theil werden zu lassen, und wenn andererseits in den Wäldern Fälle haarsträubender Behandlung zu lesen sind, so können Sie sich leicht die Gründe zusammenstellen, woher die Selbstmorde kommen. Im 3. Garde-Grenadierregiment Königin Elisabeth belam vor Kurzem ein Soldat beim Exercieren eine geschwollene Hand. Es wurden Wälder verordnet, der Zustand ward nicht besser. Darauf ließ der Unteroffizier im Zimmer einen Kessel aufstellen und zwang den Soldaten, die Hand in das befehlige im Kochen erhaltene Wasser zu stecken, so daß am Ende der Prozedur das Fleisch in Fetzen von den Fingern fiel. Der Unteroffizier drohte, mit dem Knüttel zuzuschlagen, wenn der Soldat die Hand aus dem Wasser zöge. Die Sache kam vors Militärgericht; der Soldat wurde mit einer Pension von 9 Mark monatlich als Invalide entlassen, und der Unteroffizier mit drei Monaten Festung bestraft. Der Soldat wurde mitleidens mit 3 Jahren bestraft worden sein, wenn er sich etwa zur Nothwehr gefehlt hätte. Der Soldat wird eben nicht als Mensch behandelt, und das ist der Grund, daß die Freizügigkeit beim Militärdienst in den Massen immer mehr schwindet. Die Wehr tragen zu dürfen, war im Mittelalter das Vorrecht eines freien Mannes, heute sucht man sich vom Militärdienst nach Möglichkeit zu drücken, weil von Freiheit nirgends mehr die Spur zu finden ist. Auch hier muß endlich Wandel geschaffen werden. Bezüglich der finanziellen Belastung weise ich darauf hin, daß in Bezug auf die Uniformierung ein Luxus getrieben wird, der alljährlich große Summen verschlingt, während hier sehr bedeutende Ersparnisse gemacht werden könnten. Die nothwendigen Feuerwaffen und das rauchlose Pulver werden es nothwendig machen, daß die helle Farbe an der Uniform im Kriegsfalle so schnell als möglich beseitigt wird. Deshalb sollte man auf diesem Gebiete schon jetzt reformatorisch vorgehen. Hierzu eine Anleihe zu bewilligen, wäre ich gern bereit, weil es in Wahrheit eine produktive Anlage im eminenten Sinne des Wortes wäre. Der Schatzsekretär hat die für das nächste Jahr nothwendigen Mehrausgaben auf 60 Millionen berechnet; nach meiner Rechnung werden sie erheblich größer sein, obgleich die Kommission die Gehaltsaufbesserungen von 20 auf 12 Millionen ermäßigt hat. Der Schatzsekretär hat die bedeutenden Mehrausgaben für die Pensionen und den Zinsanlaß für die neuen Anleihen nicht genügend berücksichtigt; außerdem werden alle in den letzten Jahren geschaffenen Institutionen der Vermehrung und Erziehung bedürfen. Dem gegenüber betont auch der heutige Schatzsekretär, daß die Dinge nicht so gefährlich seien, weil der abgeglichene Etat einen Ueberschuß von 73 Millionen über die Vorkalkulation ergebe. Das mag zunächst einmal ausreichen, um die Mehrausgaben zu decken. Der Ertrag aus den Zöllen wird aber doch nicht fortwährend der gleiche sein. Eine einzige gute Ernte in Deutschland würde mit Nothwendigkeit ein ganz bedeutendes Loch in diese Einnahmequelle machen. Bei Einführung der Zölle wurde nicht bloß von Seiten v. Bennigsen's sondern auch von der rechten Seite der Getreidezölle als Schutzzoll und nicht als Finanzzoll bezeichnet, der im Falle einer ungünstigen Ernte und bedeutenden Vertheuerung des Getreides nicht aufrecht zu erhalten wäre. Heute aber erklärt Herr v. Malshahn, daß die Getreidezölle als eiserner Einnahmeposten im Kriegsbudget zu figurieren hätten. (Oho! rechts!) Als im vorigen Herbst unser Antrag auf Abschaffung der Getreidezölle diskutiert wurde, war es Herr v. Bennigsen, der sich bedwegen dagegen erklärte, weil angesichts der Kündigung der Handelsverträge im Jahre 1892 es nothwendig sei, daß man Kompensationen in der Hand habe, und daß die Getreidezölle als solche Kompensation in Betracht kämen. Herr v. Bennigsen kann sich nunmehr nach einem neuen Kompensationsobjekte umsehen. Mag das Getreide noch so theuer sein, die Zölle müssen bleiben, damit wir die nöthigen Einnahmequellen für das Militär haben. Das wird im Volke einen bitteren Eindruck machen. Die bestehenden Klassen haben das Einjährigfreiwilligen-Institut, und wenn neue Offizierstellen geschaffen werden, so sind es die Söhne der Grundbesitzer und Bourgeoisie, die in dieselben einrücken. Das Volk aber muß die Bluthewer weiter aufbringen. Daß ein solcher Zustand mit Nothwendigkeit die größte Erbitterung und Unzufriedenheit in den Massen erwecken muß, versteht sich von selbst. Man müßte sonst an dem Maß von Bildung und Gefühl zweifeln, das in unserem Volke doch vorhanden ist. Daß wir nach den Ausführungen, die ich gemacht habe, nicht dazu kommen können, für die vollständig nicht-sagenden Resolutionen Windthorst's zu stimmen, ist einfach selbstverständlich. Die Resolutionen verpflichten die Regierungen in keiner Weise; es bleibt ihnen vollständig frei, zu thun, was ihnen gut dünkt. Andererseits sollen sie ein Mäntelchen abgeben, um dahinter den Rückzug zu decken, den Windthorst dieser Vorlage gegenüber angetreten hat. Dazu Handlangerdienste zu leisten, ge-

wissermaßen Konfliktstieber abzugeben, fällt uns absolut nicht ein. Für die Resolution, die sich auf die Zukunftspläne bezieht, können wir schon deswegen nicht stimmen, weil wir den Plan im Prinzip durchaus billigen, nur nicht die Art der Ausführung. Was die Resolution über die einjährige Bewilligung der Heresstärke betrifft, so kann ja Windthorst eigentlich nichts Besseres thun, wenn es ihm damit ernst ist, als für den Antrag Bamberger stimmen. Der Abg. Windthorst hat auf den Konflikt hingewiesen, wenn aber eine Volksvertretung sich vor einem Konflikt scheut, dann wird sie nie zu ihrem Rechte kommen. (Sehr richtig! links.) Daß die Militärverwaltung, wenn sie auf die einjährige Bewilligung als Kompensationsobjekt eingeht, sogar noch ein gutes Geschäft macht, ist meine volle Ueberzeugung; denn gegen eine solche Konzession würden viele Mitglieder des Hauses ihrerseits mit größeren Konzessionen der Regierung entgegenkommen. In Frankreich, England, Italien und anderen größeren Staaten findet die jährliche Bewilligung statt, ohne daß die Regierung mit der Majorität des Parlaments jemals in Konflikt gekommen ist. Daß in diesem Reichstag leider keine Majorität zu finden sein wird, die ernsthaft den fortgesetzten militärischen Forderungen entgegentritt, ist meine Ueberzeugung, daß auch die Resolution 3 unsere Zustimmung nicht finden kann, versteht sich von selbst, denn es steht ja ganz im Belieben der Militärverwaltung, wie sie diese Resolution handhabt. Die 6000 Dispositions-Urheber sind kein genügendes Äquivalent. Was dieselben bedeuten, hat der Abg. Richter gestern trotz des Majors Gaede richtig ausgeführt. Wenn man im Interesse des Volkes von der Nothwendigkeit einer Veränderung überzeugt ist, wie es die Abgg. Windthorst und seine Freunde sagen, dann muß man selbstverständlich auch die Form wählen, welche am schnellsten zum Ziele führt, also nicht eine Resolution, sondern einen bestimmten Antrag. Wenn nach der Resolution 4 die Regierung ersucht werden soll, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit „in ernster Erwägung“ zu nehmen, so hat das nach den Erklärungen vom Bundesrathstisch über diese Frage ganz und gar keine Bedeutung mehr. Dagegen ist nur ein festes, entschiedenes Nein des Reichstages die richtige Antwort. Deshalb sind wir gegen die Vorlage. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Verdy du Vernois: Ich will zunächst an das anknüpfen, was der Herr Vorredner in Bezug auf die Armee gesagt hat: nämlich, daß der Soldat nicht als Mensch betrachtet wird. Es wirkt ein eigenthümliches Licht auf die Verhältnisse, daß im Reichstage ein solches Urtheil über unsere Armee gefällt wird. (Sehr richtig! rechts.) Für mich ist es der Beweis, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Partei, die in breiten Schichten des Volkes Fühlung haben, in der Armee keine Fühlung haben. Was Sie dort haben, das ist, was unter einer Masse von einer halben Million immer vorhanden ist: die Unzufriedenen, Nichtsnutigen (Antrath links), diejenigen, welchen auch Unrecht geschehen ist, was im Laufe der Dinge in einer so großen Organisation natürlich ist, daß nicht immer nach Recht und Gerechtigkeit verfahren wird, das ist Ihre Domäne. (Beifall rechts.) Wer die Armee kennt, wird wissen, daß der Offizier wahrhaftig ein Herz für seine Soldaten hat, und auch der Soldat weiß, daß der Offizier ein Herz für seine Beschwerden hat und für ihn sorgt. Es ist behauptet worden, die Zahl der Selbstmorde habe sich in bedenklicher Weise erhöht. Ich bitte doch, bei so schwerwiegenden Anschuldigungen mit richtigen Zahlen zu rechnen. Nach einer mir vorliegenden Liste von 1881 bis 1889 betrug die Zahl der Selbstmorde im Jahre 1881 0,71 im Jahre 1889 0,56 pro Tausend. Eine ähnliche Liste können wir in Bezug auf die Todesfälle in der Armee ausmachen. Infolge der Ansicht unserer Aerzte, der vorzüglichen Einrichtungen und nicht zum Mindesten auch infolge der Fürsorge der Offiziere sind die Todesfälle in unserer Armee immer weiter heruntergegangen, so daß wir in dieser Beziehung die erste Stelle unter allen Armeen einnehmen. Den von Herrn Bebel erwähnten Fall aus dem Regiment Elisabeth kenne ich in seinen Einzelheiten nicht. Sie sehen aber: das Gesetz ist da, es greift ein. Auf bei den Sozialdemokraten: zu milde Strafe! Darüber können wir uns in diesem Augenblicke nicht zum Richter machen, dazu müßten wir die altentworfene Darstellung des Falles kennen. Nun ist ferner wieder Offiziers-Lothringen erwähnt und die Meinung ausgesprochen worden, seine Rückgabe an Frankreich würde neue Klüftungen unendlich machen. Meine Herren, Offiziers-Lothringen war in früheren Jahrhunderten stets das Ausfallthor Frankreichs gegen Deutschland und würde es auch künftig sein. Die Bevölkerung aber würde ihr Kontingent zum französischen Heere stellen, und wir würden unsere Heresstärke infolgedessen noch mehr erhöhen müssen. (Sehr richtig!) Nun ist auch wieder die Idee einer Militärrückbildung in unserer Armee immer weiter heruntergegangen, so daß wir in dieser Beziehung die erste Stelle unter allen Armeen einnehmen. Den von Herrn Bebel erwähnten Fall aus dem Regiment Elisabeth kenne ich in seinen Einzelheiten nicht. Sie sehen aber: das Gesetz ist da, es greift ein. Auf bei den Sozialdemokraten: zu milde Strafe! Darüber können wir uns in diesem Augenblicke nicht zum Richter machen, dazu müßten wir die altentworfene Darstellung des Falles kennen. Nun ist ferner wieder Offiziers-Lothringen erwähnt und die Meinung ausgesprochen worden, seine Rückgabe an Frankreich würde neue Klüftungen unendlich machen. Meine Herren, Offiziers-Lothringen war in früheren Jahrhunderten stets das Ausfallthor Frankreichs gegen Deutschland und würde es auch künftig sein. Die Bevölkerung aber würde ihr Kontingent zum französischen Heere stellen, und wir würden unsere Heresstärke infolgedessen noch mehr erhöhen müssen. (Sehr richtig!) Nun ist auch wieder die Idee einer Militärrückbildung in unserer Armee immer weiter heruntergegangen, so daß wir in dieser Beziehung die erste Stelle unter allen Armeen einnehmen.

französischen Kammer mit einer Mehrheit von 200 Stimmen angenommen wurde. (Hört, hört!) Allerdings hat diese Grundlage einige Aenderungen bei uns erfahren. Das französische Gesetz steht in rigorosere Weise Alles zur Ausbildung heran, während das unsere auf einer humanen Basis beruht. Was die Zukunftspläne anbetrifft, so bitte ich Sie, da Sie ja bei jedem einzelnen Schritte mit herangezogen werden würden, etwas zur Beruhigung über diese Pläne beizutragen. Keinesfalls sind Sie durch Annahme dieser Vorlage weiter gebunden, wenn wirklich noch neue Vorlagen kommen sollten. Ich komme nun zu dem Gebiete der Kompensationen. Jedenfalls wird jeder einzelne der mehr zu entlassenden 6000 Dispositionsurheber diese Entlassung als Erleichterung empfinden. Sie verlangen die zweijährige Dienstzeit und werfen dafür in die Waagschale den Wunsch des Volkes, mit Sicherheit zu wissen, daß der Einzieher in zwei Jahren entlassen wird. Wir werfen in die andere Waagschale die Thatfache, daß wir, da die Präsenzstärke nicht vermindert werden kann, bei zweijähriger Dienstzeit 25.000 Mann jährlich mehr einziehen müßten, welche je nicht zu dienen brauchen, ferner die Erhöhung der Kosten, die immerhin eine neue Belastung bilden würden. Weiter werfen wir in die Waagschale, was wir durch das Studium der Geschichte und durch eigene Erfahrung kennen gelernt haben, und wir kommen zu dem Resultat, daß unsere Waagschale schwerer ist, als die Ihre, daß wir zur Zeit die zweijährige Dienstzeit nicht einführen können. Wir sind stets mit dem Gedanken beschäftigt, wie eine Entlastung möglich sei. Erst vor vier Jahren ist an sämtliche Korps- und Regiments-Kommandeure eine Anfrage wegen Einführung der zweijährigen Dienstzeit gestellt worden. Ueber 240 Berichte sind uns zugegangen und darunter hat sich nur einer für die Möglichkeit einer zweijährigen Dienstzeit ausgesprochen. (Hört, hört! rechts.) Ich bitte, doch den Werth des Urtheils dieser Männer nicht zu unterschätzen, die ihre Reute im Felde geführt und den Nutzen der Ausbildung in der Praxis kennen gelernt haben. (Sehr richtig! rechts.) Was nun die Bemerkungen über die französische Artillerie betrifft, so liegt ja hier gar nicht der Schwerpunkt der Vorlage, vielmehr darin, daß wir eine größere Anzahl Leute ausbilden müssen. Mein Herr Amtsvorgänger hat auch nicht erklärt, daß für die Zeit des Septennats keine Veränderung im Heere stattfinden würde, vielmehr nur, daß man dies wünsche, daß aber andere Ansichten nicht ausgeschlossen seien. Wir sind jetzt der Ansicht, daß wir das Heer verstärken müssen. Wir haben heute 39.108 Mann Feld-Artillerie, die Franzosen über 60.000. Ebenso sind ihre Bepanzerungen bedeutend zahlreicher, als die unseren. Ich beschränke mich darauf, nochmals die Nothwendigkeit der Vorlage zu betonen. Wie ich dies den Gegnern derselben einleuchtend machen soll, weiß ich freilich nicht. In der Kommission ist die Ansicht ausgesprochen worden, bei dieser so wichtigen Vorlage handle es sich um eine Kopfprobe. Hier stehen größere Zwecke auf dem Spiele. (Sehr richtig!) — Das Wünsche und Ansichten bei dieser Vorlage ausgesprochen worden, ist ja natürlich. Darum aber bitte ich, die Vorlage nicht zu einem Handelsartikel zu machen. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Mantuffel (Mon.): Herr Bebel hat behauptet, unsere Infanterie habe sich mit ganz jungen, sehr tüchtigen französischen Militärschülern geschlagen und diese hätten sich bewährt. Das ist nicht der Fall. Gerade wo wir den jungen Truppen gegenüber gestanden haben, hatten diese die Ueberzahl; sie wurden trotzdem besiegt und hatten außerdem kolossale Verluste, weil sie die Strapazen nicht ertragen konnten. Ueberhaupt war die ganze Organisation des französischen Heeres damals nur möglich, weil sie sich um einen Stamm von alten Truppen herum kristallisierten konnten. Das einzige Moment, das mir in Herrn Bebel's Rede sympathisch war, war, daß er die allgemeine Abriistung für unendlich anseht. Im Uebrigen ließen seine Darlegungen darauf hinaus, daß er sagte: Frankreich ist nicht unser Gegner, sondern Rußland — und deshalb brauchen wir keine Verstärkung. Wir sollten unser Elsaß-Lothringen zurückgeben. Ich möchte darauf bemerken, daß wir längst einen Krieg hätten, wenn wir nicht im Besitze von Elsaß-Lothringen wären. Die Franzosen würden im Bestreben, ihre Gloire wieder herzustellen, auch ohne den Verlust Elsaß-Lothringens den Krieg mit uns angefangen haben. (Sehr richtig! rechts.) Was die Vorlage anlangt, so sind wir der Ansicht, daß das Minimum dessen darin verlangt ist, was wir zu unserer Wehrfähigkeit dringend bedürfen. Wenn der Herr Abgeordnete Richter uns Konventionen für eine unbedingte preussische Eigenthümlichkeit anseht, so hat er doch zu unserem Troste gesagt, es sei dies seine Ansicht, wodurch allerdings der Werth der Uebersetzung sehr erheblich eingeschränkt wird. (Weiterkeit.) Auch Herr Graf von Moltke bezieht die unbedingte Eigenthümlichkeit, Konventionen zu sein (Weiterkeit); ebenso haben wir verschiedene deutsche unter uns, und wenn die Herren Freisinnigen weiter gegen die Kornzölle agitieren, werden wir bald wohl noch mehr Bayern in unsere Reihen aufnehmen können. Je mehr man die Landwirtschaft zurückdrängt, um so weniger Prozent der Wehrfähigen kann sie produzieren. Ich glaube nicht, daß wir durch eine Reichseinkommensteuer die Schutzzölle entbehren können, viel mehr scheint mir eine Vorsteuer dazu geeignet. (Sehr gut! rechts.) Bei seinem Exempel von der größeren Belastung des deutschen Steuerzahlers gegenüber dem französischen hat Herr Richter die französischen Schutzzölle ganz außer Rechnung gelassen, und das würde die Zahl ganz anders gestalten. (Sehr richtig! rechts.) Die vorausgerichtliche Mehrbelastung um 60 Millionen Mark hat nur zum geringsten Theil mit den Militärforderungen zu thun. Viel mehr wirken darauf die Erhöhung der Beamtengehälter und andere Faktoren ein. Was die Kompensationen anbelangt, so sind die Dispositions-Veränderungen nicht so geringfügig, wie sie dargestellt werden. Trotz der Ausföhrung des Abg. Richter, daß diese Verurteilungen gerade die verdächtige dreijährige Dienstzeit unterläßen, hat Herr Richter erklärt, seine Partei werde für die Resolution Windthorst stimmen, in der die Verneuerung der Konventionen gefordert wird. Das ist ein Widerspruch. Wir haben schließlich nicht die Empfindung, als ob diese Vorlage eine Berechtigung dazu bietet, eine Verstärkung der Dienstzeit einzutreten zu lassen. Die Wehrfähigkeit des Reichs bedingt diese Vorlage, und deshalb bitten wir um deren unveränderte Annahme. (Beifall rechts.)

Abg. v. Nowikow (Pole): Nachdem uns von autoritativer Stelle wiederholt die Vorlage gerechtfertigt worden ist, trat an uns die Aufgabe heran, die Frage genau zu erwägen. Wir sind in den östlichen Provinzen finanziell nicht glänzend gestellt und in politischer und religiöser Beziehung oft gequält. Trotzdem werden wir für die Vorlage eintreten. (Beifall rechts.) Wir wollen nicht die Schädigung des Reichs. (Bravo! rechts.) Wir sind oft verleumdet worden, auch von der offiziellen Presse; deshalb wollen wir aber doch uns nicht abhalten lassen, unsere Pflicht zu thun. Wir sind immer in unserer geschichtlichen Entwicklung für Thron und Altar eingetreten. (Bravo!) Wir hoffen von Seiner Majestät dem Kaiser, daß er auch dafür seine schirmende Hand über dem bedrängten Volke halten werde. Wir werden im Interesse der Veruhigung des Volkes die Resolutionen unterstützen. Wenn wir auch nie das Schlachtfeld gesehen haben, so glauben wir doch keineswegs uns ablehnend gegen die Ideen einer Friedenskonferenz verhalten zu dürfen. Ich schließe mit dem Hinweis auf das Wort des Herrn Reichskanzlers, daß man die Vorlage möglichst einmüthig annehmen möge. Da wollen auch wir unsere beiderseitigen Scherzreden dazu beitragen. (Beifall.) Wenn unsere Absichten nicht verstanden werden, und sich kein Einverständnis zwischen der Regierung und den Polen erzielen läßt, so ist das nicht unsere Schuld. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel bestreitet in persönlicher Bemerkung dem Kriegsminister, daß er die Abtretung von Elsaß-Lothringen verlangt habe. Seine Angaben über die Selbstmorde in der Armee u. s. w. habe er aus Zeitungen und offiziellen Quellen geschöpft. Wenn

der Kriegsminister gesagt habe, er, Redner, habe in dieser Beziehung Verbindung mit nichtsnutigen und unzufriedenen Elementen gehabt, so lehne ihm, um diese Beschuldigung zurückzuweisen, der parlamentarische Ausdruck.

Um 7 1/2 Uhr wird die weitere Berathung auf Donnerstag, 12 Uhr, vertagt.

Gerichts-Beitung.

Der sozialdemokratische Stadtverordnete Ewald Eugen Vogtherr stand gestern unter der Anklage der Gotteslästerung, der Verächtlichmachung einer Einrichtung der christlichen Kirche, sowie einer Beschimpfung der Bibel vor den Säkranten der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts II. Da vor Beginn der Verhandlung auf den Antrag des Staatsanwalts Schulz gegen den von Angeklagten erhobenen Widerspruch die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, weil die guten Seiten durch Verleumdung des religiösen Gefühls gefährdet werden könnten, mußten wir uns auf Mittheilung des in öffentlicher Sitzung gefällten Urtheils sowie der dafür geltend gemachten Gründe beschränken. Der Angeklagte, welcher sich selbst vertheidigte, wurde nur wegen Verächtlichmachung der christlichen Kirche verurtheilt, und zwar zu 3 Tagen Gefängniß, von der Anklage der Gotteslästerung und Beschimpfung der Bibel aber freigesprochen. Die demselben zur Last gelegten drei Straftathaten sollen in einem von ihm am 16. März d. J. im Bartholomäus Lokal zu Hildorf gehaltenen Vortrag begangen sein. Die betreffende Besprechung war von einem Herrn Steinmar zum Zweck der Gründung einer freireligiösen Gemeinde einberufen worden. Zu dem, so publizirte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schulz, was der Angeklagte über die Allgegenwärtigkeit und Allwissenheit Gottes gesagt, könne etwas Beschimpfendes nicht gefunden werden, ebensowenig in den Ausführungen über den beizuhaltenden und belohnenden Gott. Denn der Angeklagte habe hervorgehoben, daß die Gottesvorstellung eine verschiedene sei und daß Gott menschliche Eigenschaften zugeschrieben würden. Dagegen müsse in den ferneren Aeußerungen des Angeklagten über die Taufe und Ehe eine Verächtlichmachung der christlichen Kirche gefunden werden. Um diese zu erreichen, habe er die einzelnen Einrichtungen kritisch besprochen. Wenn gesagt ist, daß die Taufe nur zu dem Zweck geschehe, damit die Kirche auf die Täuflinge ihre Hand legen könne, um sie in ihre Gewalt zu bekommen, so sei ein Zweck vorgeschützt, den die heutige Handlung der Taufe absolut nicht habe. Den gleichen Charakter habe die Behauptung, daß die eingeseignete Ehe nicht glücklicher mache, als die standesamtliche. Der Angeklagte habe dadurch bei seinen Zuhörern eine Verachtung der christlichen Kirche hervorzurufen wollen. Die Aeußerung aber, daß die Bibel „Unwahrheiten“ enthalte, sei noch keine Herabwürdigung. Dem Gedarmten Gerichte, der im Termin den Ausdruck „Eigen“ beifand, kann nicht geglaubt werden, weil sein Bericht anders lautet.

Der Staatsanwalt hatte Freisprechung von der Anklage der Gotteslästerung und Verächtlichmachung der christlichen Kirche, — dagegen drei Tage Gefängniß wegen Bibelbeschimpfung beantragt! — Gegen das Urtheil ist beim Reichsgericht Revision beantragt!

Unter der Anklage des Betruges stand gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I. ein Beamter, Namens **Waste**. Derselbe wogte früher in Frankfurt a. O. und hatte aus einem dortigen Geschäft Waaren entnommen, ohne dieselben bisher bezahlt zu haben. Als W. nach Berlin verkehrt wurde, reiste ihm der Inhaber jenes Geschäftes nach, um 75 M., welche er noch zu fordern hatte, einzutreiben. Die Bemühungen des Kaufmanns waren jedoch vergeblich; denn W. bedeutete ihm, daß er augenblicklich nicht in der Lage sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Der Gläubiger wollte aber nicht länger warten und stellte gegen W. einen Strafantrag wegen Betrugs. Der Kaufmann, welcher in der Verhandlung nicht anwesend war, hatte erklärt, daß er dem Schuldner nur deshalb Kredit gegeben habe, weil dieser ihm versprochen hatte, in kürzester Zeit die Rechnung zu begleichen, da er in seiner Eigenschaft als Beamter ja an jedem ersten Tage eines Monats seinen Lohn erhalte. Der Beschuldigte führte dagegen aus, daß er völlig unschuldig sei. In einer Frankfurter Zeitung habe er ein Inserat gelesen, welches besagte, daß jenes Geschäft gegen Abschlagszahlung Waaren verkaufe und nur durch diesen Inhalt der Annonce fand er sich veranlaßt, bei dem Käufer seinen Bedarf zu entnehmen. W. bemerkte ferner, daß es ihm wie allen anderen kleinen Beamten und Arbeitern unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen vollständig unmöglich sei, ohne Schulden zu machen, die Lebensbedürfnisse seiner Angehörigen zu befriedigen. Der Angeklagte weist noch darauf hin, daß er sich bis jetzt nichts habe zu Schulden kommen lassen, obgleich er nicht weniger als 13 Kinder zu ernähren gehabt habe und behauptete, daß auch in diesem Falle die Absicht, eine betrügerische Handlung begehen zu wollen, ihm vollständig fern gelegen hat. Der Staatsanwalt hielt die Schuld des W. für erwiesen und beantragte Verurteilung. Nach längerer Berathung beschloß der Gerichtshof die Sache nochmals zu verurteilen, um den Angeklagten Gelegenheit zu geben, eine Nummer der „Frankfurter Zeitung“ herbeizuschaffen, in welcher eine Annonce enthalten sei, die anständig, daß die Waaren auf Abschlag von jenem Geschäft entnommen werden könnten. Zu dem neuen Termin soll auch der Kläger aufgefordert werden, persönlich zu erscheinen. Am Schluß der Verhandlung gab der Gerichtshof dem Angeklagten den Rath, die Forderungen seiner Gläubiger so weit wie möglich zu begleichen.

Wegen Vertriebes unzüchtiger Bilder stand gestern der Kaufmann **Ernst Günther** vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat das unlautere Geschäft in einer Weise betrieben, die Staatsanwalt und Gerichtshof für besonders empörend hielten. Er suchte nämlich die kaufmännischen Bureaus zu einer Zeit an, in welcher er a. f. die Abwesenheit der Chefs rechnen durfte. Er erkundigte sich zunächst nach demselben und richtete irgend eine gleichgültige Anfrage an ihn, wenn er anwesend war. Andernfalls holte er aber ein Paket unzüchtiger Bilder hervor, die er den jungen Leuten vorlegte und anpries. Er soll einen ziemlich lebhaften Umsatz erzielt haben. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnißstrafe von sechs Wochen. Nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten beließ es der Gerichtshof bei einer Geldstrafe von 50 Mark.

Ein mehr als dreifacher Betrag führte gestern den Schutzmacher **Julius Winda** vor die 98. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Angeklagte hatte für den Hof-Schutzmacher **Tromski** eine Arbeit angefertigt, wofür er 3,50 M. erhalten sollte. Bei der Ablieferung hatten beide kein kleines Geld, weshalb Tromski dem Angeklagten erst 3 M. einhändigte und ihn bat, die übrigen 50 Pf. bei nächster Gelegenheit zu holen. Als sich diese Gelegenheit bot, wiederholte sich der Fall, aber, um mit dem Angeklagten vollständig glatt zu kommen, gab Tromski ihm ein Fünfmarkstück mit dem Ersuchen, der Angeklagte möge auf seine Kosten ein Glas Bier trinken, um bei dieser Gelegenheit das Geldstück wechseln zu können. Der Angeklagte ging mit dem Fünfmarkstück und kam nicht wieder. Nach einiger Zeit fragte Tromski bei dem Angeklagten an, ob dieser sich mit ihm einen Scherz habe erlauben wollen. Zu seiner Empörung leugnete der Angeklagte, daß er überhaupt mehr als 50 Pf. erhalten habe. Hierbei blieb er auch im Termine, trotzdem der Zeuge eidlich den Inhalt der Anklage bestätigte. Der Staatsanwalt beantragte bei der Freigabe, mit der der Betrag ausgeführt worden war, eine Gefängnißstrafe von 1 Woche, der Gerichtshof erkannte auf 30 M. Geldstrafe.

Eine unregelmäßige Handlungswiese beim Geschäftserwerb hat dem Bäckereimeister **Johannes Koldewey** eine Anklage wegen Urkundenfälschung und Diebstahls zugezogen, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I.

feines eingeladenen Kollegen Mollenhuth erschienen war, erhielt nunmehr das Wort zu einem längeren Vortrage, in welchem er hervorhob, daß ihm der gegenwärtige Standpunkt der Gastwirthsgehilfen begreiflich sei, weil dieselben nicht einmal soviel Zeit hätten, sich mit ihrer eigenen Lage zu beschäftigen. Man streite sich um die Frage, ob die Gastwirthsgehilfen-Bewegung eine Bewegung der Sozialdemokratie werden solle oder nicht. Es wäre doch sonderbar, wenn die Gastwirthsgehilfen die Sozialdemokraten als Verbündete betrachten wollten, soweit diese ja selbst die Regierung nicht, wenn dieser auch die Ansichten der Sozialdemokraten nicht gefallen. Wenn Sie glauben, nicht nöthig zu haben, sich auf den Boden der allgemeinen Arbeiterbewegung zu stellen, wenn Sie glauben, daß Ihre Interessen mit denen Ihrer Arbeitgeber gleich sind, weshalb haben sich diese denn nicht bereit erklärt, die Uebelstände in Ihrer Branche zu beseitigen? Ich nehme gar keinen Anstand, zu erklären, daß Sie in Ihrer Stellung weit über daran sind, als viele andere Arbeiter und daß Sie das größte Interesse daran haben, mit der allgemeinen Arbeiterbewegung zu marschiren. Die Voreingenommenheit, welche man gegen die Sozialdemokratie hegt, ist eine ganz unberechtigte. Glauben Sie, wenn diese ein Interesse daran hätten, die Leute zu verheizen, daß dann anderthalb Millionen unserer Mitbürger ihre Stimme dieser Partei geben würden? Es ist dies doch ein Beweis, daß unsere Idee nicht von verrückten Köpfen ausgeht, sondern in unseren ökonomischen und politischen Verhältnissen wurzelt. Wir haben eine sehr ideale Weltanschauung und betrachten die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse als eine Etappe in der Kulturentwicklung der Menschheit. Sie müssen sich notwendigerweise vereinigen, und wenn Sie das thun, werden Sie sofort merken, daß man Ihnen von Seiten der Arbeitgeber hindernis in den Weg tritt. Sie sehen das jetzt schon aus der Zeitung in Ihrem Gewerbe, in der man es Ihnen sehr übel nimmt, daß Sie wagen, selbstständig zu werden. In einer Beziehung hat das Blatt freilich Recht: Die Kellnerschaft sollte ihre Forderungen formuliren! Soweit sind Sie aber offenbar noch gar nicht gekommen, denn dazu gehört eine gute Vereinigung. Redner schloß mit den Worten: Sehen Sie sich mit der gesamten Arbeiterschaft nicht in Widerspruch, Sie würden sich dann ausschließen von Leuten, zu denen Sie selbst gehören. (Stürmischer Beifall.) Die Versammlung stimmt in ein dreifaches Hoch auf den Redner ein.) Vorhänder: Es ist folgende Resolution eingelaufen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Gastwirthsgehilfen erklärt sich mit dem Referenten einverstanden, die Anwesenden werden sich der modernen Arbeiterbewegung anschließen.“ Wer für diese Resolution ist, möge sich erheben. (Die Mehrheit erhebt sich.) Vorhänder: Es ist noch folgende Resolution eingelaufen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden, geht aber von einem Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung ab.“ Herr Herzberg rügt, daß der Vorhänder die zweite Resolution nicht vor der Abstimmung verlesen habe. (Großer Lärm.) Der Lokalbesitzer kommt wieder auf das Podium und erklärt: Meine Herren, lauge genug habe ich den Standa geduldet, länger dulde ich ihn nicht mehr! Ein Kellner tritt vor und stellt wieder den Antrag, Herrn Herzberg aus dem Saal zu weisen, weil derselbe den Interessen der Kollegen schaden entgegen handle. (Ungeheurer Lärm, die Glocke des Vorhänders dringt nicht mehr durch.) Herr Herzberg ruft der erregten Versammlung zu: Sie können mich dreißig hinausjagen; diese Leute können uns nicht glücklich machen; sie rufen mich doch noch wieder! Der wachsende Tumult überläßt die Worte des Vorhänders, welcher die Versammlung für geschlossen erklärt.

In einer öffentlichen Versammlung der Hausdiener Berlins, welche am Dienstag Abend in Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 75, stattfand, hielt Reichstags-Abgeordneter Bräuer einen Vortrag über: Die verschiedenen Formen der Organisation. Gehten Sie mir, so begann Redner, daß ich dem Gegenstand unserer Tagesordnung einige allgemeine Bemerkungen vorausschicke. Zur Zeit des Mittelalters sehen wir schon, daß sich die Menschen in gewissen Formen bewegen, den sogenannten Zunftformen. Später trat auf dem gewerblichen Gebiet die freie Konkurrenz ein und es entstand eine vollständige Organisationslosigkeit, das laissez faire, laissez aller kam zur Geltung. Die Freiheit wurde nicht in der Gemeinschaft gesucht und was die Menschen verband, war nichts als Willkür. Weil das verfaul war, entwickelten sich Zustände, wie wir sie heute vor Augen haben. Die moderne Konkurrenz bewirkt die Zersplitterung alles Bestehenden; Theile und herrsche! Das ist ihre Devise. Das Theilen gelingt dem Kapitalismus, weil die Arbeiter sich gegenseitig als Konkurrenten betrachten; ein ungeheurer Theil von ihnen ist ständig ohne Beschäftigung und das Angebot der Beschäftigungslosen übersteigt sich auf die Lage der Beschäftigten. Der Arbeitgeber sagt sich einfach: ich kann Leute genug bekommen! und setzt dem Forderungen stehenden Arbeiter einfach den Stuhl vor die Thür. Würde man diesen Zustand sich bis zu seinen äußersten Konsequenzen entwickeln lassen, würde er zur völligen Barbarei führen. Auf der einen Seite führt dieser Zustand zu übermäßigem Reichthum und zur Erschlaffung, auf der anderen zur Massenarmuth. Die große Masse des Volkes, alle Erwerbsthätigen, welche von der Arbeit leben, haben das größte Interesse daran, daß dieser Zustand nicht aufrecht erhalten bleibe, und dies Interesse berechtigt uns zu der Hoffnung auf bessere Zustände. Die heutige kapitalistische Entwicklung stellt nur eine Etappe dar in der Entwicklung unserer ökonomischen Verhältnisse. Sie ist aber nicht die letzte Etappe, sondern die Menschheit hat eine kulturgeschichtliche Mission zu vollziehen; das ist ihre Aufgabe. Diese Mission vollziehen zu helfen, ist namentlich Aufgabe der angeklärten Arbeiter geworden. In Anbetracht dieser hohen Aufgabe müssen sie von allen kleinlichen Nörgereien absehen, die Vereinigungen von heute sind nicht dazu da, Spielerei zu treiben, sondern die vorgezeichnete ernste Aufgabe zu lösen. Es handelt sich um die Emanzipation des ganzen arbeitenden Volkes, und wenn eine große Masse in Bewegung gesetzt werden soll, so muß eine Form dafür vorhanden sein, und diese Form nennt man Organisation. Es läßt sich nicht leugnen, daß wie die früheren, so auch die jetzigen Organisationen eine Reihe von Mängeln besitzen; aber wenn in dem Kampf um bessere Lebensbedingungen die Arbeiter vielfach unterliegen sind, so war dies nicht immer auf eine mangelhafte Organisation zurückzuführen. Als Bismarck noch Reichskanzler war, quälten sich die Arbeitgeber weniger um die Vereinigungen, weil sie wußten, daß von dieser Seite aus Vieles für sich gemacht werde. (Stürmischer Beifall.) Heute wissen sie nicht mehr so recht, woran sie sind, und so sehen wir, wie sie sich jetzt zusammenschließen. Dies Beispiel muß von unserer Seite Nachahmung finden, damit wir uns mit ihnen messen können. Es findet nun, wie sie wissen, in Hannover ein Kongreß aller nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands statt, auf welchem die Frage zur Erörterung gelangt: Wie organisiren wir uns? Nun haben wir Vereinsgesetze, welche noch aus den 50er Jahren stammen, also aus einer sehr reaktionären Zeit und bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstags will ich ihnen nicht rathen, den Fuß nach freieren zu erheben, wir würden dabei sicher ein schlechtes Geschäft machen. (Lebhafter Beifall.) Diese Gesetze sind bestimmt gewesen für die vorhandenen Organisationen der Arbeiter. Ich halte die Zentralisation aller Arbeiter für die beste und notwendigste Form; da aber nach dieser Seite hin die Arbeiter auf Hindernisse stoßen — die Unternehmer freilich nicht — so werden sie in erster Reihe sich mit ihren Berufsgenossen in ganzen Lande verständigen müssen, und da es dem Arbeitgeber ganz gleich ist, von wo er seine Hilfskräfte herbeikommt, werden sie vielleicht manchmal den Wirkungskreis noch weiter auszuweihen haben. Selbst bei einer derartig gut ausgedachten Organisation werden sie noch nicht in einen Lohnkampf eintreten können. Die beste Disziplin würde belanglos sein, wenn nicht eine günstige Konjunktur vorhanden wäre. Dann erst wären sie im Stande, etwas für sich zu erringen. Gute Geschäftsbedingungen zu schaffen, sind wir außer Stande, aber was sich einstellt,

wenn schlechte Konjunktoren eintreten, Lohnreduktionen nämlich, können sie durch eine gute Organisation abwehren. Es hilft aber noch nicht, daß Schulz so denkt und Müller weiß nichts davon, es fehlt eben der gemeinschaftliche Ausdruck, daß sie so denken und dieser Ausdruck, das ist ihre Verbindung! (Lebhafter Beifall.) Behalten sie stets das hohe Ziel im Auge, daß sie sich gesteckt haben, reihen sie sich als ein würdiges Glied der großen Organisation aller Arbeiter an und zeigen sich als Träger einer großen Idee! (Stürmischer Beifall.)

Von einer Diskussion über den Vortrag wurde auf Antrag des Herrn Wier er Abstand genommen. Herr Wendt stellte den Antrag, den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Kongreß in Hannover“ abzusehen, da eine öffentliche Versammlung bereits beschlossene habe, den Kongreß nicht zu beschiden. Herr Kuhle sprach sich gegen diesen Antrag aus und sprach warm für die Beschidung des Kongresses ein. Die weitere Diskussion über diesen Gegenstand nahm einen unregelmäßigen Charakter an und als Herr Pinzer dem Kollegen Grauert persönliche Vorwürfe machte, entstand eine Erregung, welche dem überwachenden Polizeibeamten Veranlassung gab, die Versammlung wegen „Tumult“ aufzulösen.

Eine öffentliche Versammlung der Möbelpolirer fand am Montag Abend im Lokale des Herrn Haase, Große Frankfurtstr. 117 statt. Zur Leitung der Verhandlungen wurden die Herren Reuter, Schulze und Fährse gewählt. Auf einen bezüglichen Antrag wurde beschlossen, zunächst die Abrechnung vom Streik vorzunehmen. Hierzu erhielt Herr Lindner das Wort, welcher die einzelnen Posten der Einnahme und Ausgabe ansführte und konstatarie, daß die Gesamteinnahme 4214,61 M., die Gesamtausgabe 3879,55 M. betragen habe, so daß noch ein Bestand von 335,06 in Baar und Marken verblieben sei. Diese Abrechnung kann indeß nur als eine provisorische gelten, weil noch 79 Listen ausstehen, sie ist von den Verbandsrevisoren Haseh, Sädner und Weitzenecker als richtig anerkannt worden; zur Nachprüfung wurden die Herren Nau, Gräber und Franke gewählt. Ein Antrag, sofort in den vierten Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeitseinstellung in der Fabrik von Gebr. Rothmann“, einzutreten, wurde angenommen. Herr Weber schilderte in einem längeren Vortrage die Ursachen dieses Streiks und wies nach, daß derselbe trotz aller entgegenstehenden Behauptungen der betreffenden Arbeitgeber vollständig gerechtfertigt sei. Es könne doch nicht die Frucht des kaum beendeten Lohnkampfes sein, jetzt schon verloren gehen zu lassen, was man schwer errungen habe. Da ungeachtet aller Mühe eine Einigung nicht erzielt werden konnte, müsse es jetzt Hauptaufgabe aller Kollegen sein, dahin zu wirken, daß kein Möbelpolirer dort in Arbeit trete, bevor die Sache geregelt sei. — In der folgenden Diskussion berichtete Herr Lederhausen, welcher vom Verband zu einer Verhandlung mit den Herren Rothmann delegirt war, daß von Seiten der Fabrikanten bei dieser Gelegenheit gesagt worden sei, angeblich bräuche man keine Polirer und wenn man welche gebrauche, würden die Streikenden ebenso gut sein, wie andere, nur werde man ihnen von der Fabrik aus die Bedingungen stellen. — Nachdem noch mehrere Redner über die Angelegenheit gesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige öffentliche Versammlung der Möbelpolirer erklärt die Arbeitseinstellung der Kollegen bei der Firma „Gebrüder Rothmann“ für völlig gerechtfertigt; alle Möbelpolirer verpflichten sich, so lange die Forderungen nicht beigelegt sind, die Streikenden in jeder Weise und durch rege Beisteuer zum Streikfonds fortläufig zu unterstützen.

Auf eine entsprechende Anregung wurde beschlossen, den ersten Punkt der Tagesordnung: „Abhilfe auf unsere Lohnbewegung“, in einer späteren Versammlung zu besprechen. Eine rege Diskussion entspann sich über die Frage, was man gegen die Kollegen unternehmen solle, welche die Listen bezw. die auf denselben verzeichneten Beträge noch nicht abgeliefert haben. Das Ergebnis dieser Debatte war die Annahme eines Antrags, die Listeninhaber noch einmal schriftlich zur Ablieferung aufzufordern und abdann entweder auf gerichtlichen Wege gegen sie vorzugehen oder ihre Namen im „Berliner Volksblatt“ zu veröffentlichen. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Eine Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen aller in der Wirkerbranche beschäftigten Arbeiterinnen tagte am Dienstag, den 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Wegner's Etablissement, Landsbergerstraße 87. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Paul Sittin über die Stellung der Frau in der Industrie. 2. Diskussion. 3. Wahl einer zweiten Vorhänderin. 4. Verschiedenes. Der Referent entledigte sich seines Vortrages in eingehender Weise. Er hob hervor, daß die Frau schon in alten Zeiten eine untergeordnete Stellung einnahm, erst durch die technischen Neuerungen und Einführung des Dampfes trat sie mehr in das öffentliche Leben, denn wo es in der Industrie nur irgend möglich war, wurde die Frauarbeit eingeführt, nicht etwa weil diese geschickter in ihren Leistungen war, sondern weil sie billiger produziert. Demnach wird die Männerarbeit bald gänzlich aus der Industrie verschwinden, in England ist die weibliche Arbeitskraft um 1 1/2 Million mehr vorhanden als männliche, trotzdem ist die Frau so unterdrückt, daß sie nicht im Stande ist, ihre Interessen zu wahren, weil sie im öffentlichen Leben kein Recht hat. Die Arbeiterin steht heute schlechter da als S. Z. der Sklave, denn der Sklavenhändler hatte wenigstens Sorge zu tragen, die physischen Kräfte seines Werkzeuges zu erhalten, um seinen Nutzen daraus zu ziehen. Darnach fragt der Kapitalist heute aber nicht, denn es stehen ja Tausende vor den Thüren. Die Arbeiter sind in der Lage diesem Druck abzuhelfen; wenn sie nur zusammen halten, muß der Kapitalist ihre Forderungen akzeptiren. Die herrschende Klasse sucht Mittel aller Art, um diesen Vereinigungen entgegen zu treten; so werden sogar den Kindern in den Bewahranstalten Briefe mitgegeben, um auf den Vater zu wirken. Die Löhne der Arbeiterinnen werden immer geringer, die Zahl der Arbeitslosen immer größer, so daß viele geüthigt sind, zu den niedrigsten Mitteln zu greifen, um ihren Hunger zu stillen, daher ist es Pflicht einer jeden Arbeiterin dahin zu wirken, daß diesen Verhältnissen abgeholfen wird. Lebhafter Beifall erntete der Referent für seine Ausführungen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. In Punkt 3 wurde Fräulein Emma Müller als zweite Vorhänderin gewählt. In Verschiedenes sprachen mehrere Herren über den Ausstand in der Firma Lebr und Sohn, daß sich dort mehrere Streikbrecher fanden, die den Streik illusorisch machten. Dann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.

Eine Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Tapezierer Berlins fand am 17. Juni bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Lutz über: Frauenbefreiung. 2. Vereinsangelegenheiten. Zum ersten Punkt erhielt Herr Lutz zu dem ausgezeichneten Vortrage das Wort. Derselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde ein Antrag von Kollegen Klatt zur Debatte gestellt, sich mit den Hamburger Bauhandwerkern solidarisch zu erklären und ihnen 50 M. aus der Vereinskasse zu bewilligen. Es sprachen sich sämtliche Redner voll und ganz für denselben aus, mit dem Bemerkten, daß, sobald genügend Geld in der Kasse ist, noch eine solche Rate zu schicken sei. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein Kollege (Franko) warnt die Anwesenden vor einem gewissen Bräben, der schon 3 Jahre sich hier aufhalten soll und nur den Kollegen zur Last fällt; er klappert die Werkstätten ab und jedesmal führt er neue Schwindelereien auf, so daß die Kollegen sich ihm gegenüber misleidig erweisen.

Eine Versammlung des Fachvereins der Bürsten- und Pinselmacher Berlins und Umgegend tagte am Sonntag, den 22. d. M., im Saale des Herrn Feuerstein mit folgender Tagesordnung: Vortrag des Herrn Lutz über die Lage der ländlichen Arbeiter. Diskussion. Verschiedenes, und Auf-

nahme neuer Mitglieder. Der Referent erledigte seine Aufgabe mit Geschick, wobei derselbe ansführte, daß der Kleinbäuerliche Besitz in den Besitz der großen Güter übergeht. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Kollege Mejer berichtet eine Werkstattangelegenheit und wird von der Versammlung über diese Werkstatt die Sperre verhängt, doch wird von der Ausführung vorläufig noch Abstand genommen, da die für diese Branche gewählte Lohnkommission benannte Angelegenheit erst mit dem Herrn Arbeitgeber selbst besprechen und dem Vorstand Bericht erstatten soll. Kollege Siegmund stellt den Antrag, aus der Vereinskasse für die Hamburger Zimmerer 15 M. zu bewilligen; der Kassirer Eubemann stellt den Antrag, den Beheim in Greiz ebenfalls 15 M. zu bewilligen; da sich jedoch die Rohrleger Berlins auch an uns um Unterstützung gewandt haben und unser Klassenverhältnisse nur gering sind, so wurden die ersten beiden Anträge zurückgezogen, und von der Versammlung für die vorbenannten Gewerkschaften zusammen 30 Mark bewilligt, so daß also jede dieser Gewerkschaften 10 Mark erhält. Ein Antrag zur Einberufung einer öffentlichen Versammlung, in betreff unseres Arbeitsnachweises, wird dahin beantwortet, daß am 7. Juli er. besagte Versammlung stattfindet und diese Angelegenheit gleich mit auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Einer Landpartie am 31. August d. J., zu Ehren Ferdinand Lassalle's, wird von der Versammlung zugestimmt. Darauf Schluß um 1 1/4 Uhr mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Große öffentliche Glaserverversammlung. Am Sonnabend, den 21. Juni, tagte in Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstraße, eine öffentliche Versammlung der Glasergesellen Berlins und Umgegend mit der Tagesordnung: 1. Jwed und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation, Referent Herr Wischke. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Berliner Glasergesellen zur Zentral-Streikkommission, event. Wahl eines Delegirten. 4. Verschiedenes. — Der Referent, Herr Wischke, führte aus, daß bei den heutigen Verhältnissen wohl Jeder das Bedürfnis fühle, sich einem Ganzen anzuschließen. Jeder müsse zu der Einsicht gelangen, daß ein Einzelner nichts schaffen könne, nur eine lounpakte Masse könne zum Ziel gelangen. Der Arbeiter sei bei der heutigen Klassenlage zur Eringung besserer Lohnverhältnisse gezwungen, aufklärende Vorträge mit anzuhören, und dürfe über diesen Punkt Engherzigkeit bei einem Arbeiter nicht vorkommen. Das Unternehmertum stüge sich auf die schwache Seite der Arbeiter, und gerade heute wo die Maschinen immer mehr Raum gewonnen, reiche die Muskelkraft eines Arbeiters nicht aus, um seine Existenz nur einigermaßen angenehm zu gestalten.

Diesem Uebelstand nun abzuhelfen, gebe es nur das Eine, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, und auch für die Kleinmeister die ja unter der Schmutzkonkurrenz sehr zu leiden haben, sei es nur von Vortheil ein Gleiches zu thun.

Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 21. Juni bei Feuerstein tagende Versammlung wolle beschließen, daß alle anwesende Kollegen mit aller Kraft dahin wirken, die große Anzahl der indifferenten Kollegen zu bewegen, sich der Glasergesellschaft Berlins und Umgegend anzuschließen.“

Der Verband deutscher Mechaniker und verwandten Berufsgenossen hielt am 19. Juni eine Mitgliederversammlung ab. In derselben hielt Herr Brinmann eine Vorlesung, betitelt: „Ein deutsches Lebensbild aus den Jahren 1850—60.“ Diese Vorlesung führte allen Anwesenden so recht klar vor Augen, wie schwer es einem biederen Schneidergesellen in der alten, guten Kunst und Joyzeit, durch alle möglichen und unmöglichen Gesetespapiraphen gemacht wurde, eine bleibende Stätte und ein gestültes Familienleben begründen zu können, um endlich doch dem Junibwesen zu unterliegen und geütheten an Leib und Seele elendiglich zu verenden.

Kollege Schönmann macht sodann darauf aufmerksam, daß alle diejenigen Kollegen, welche gezwungen sind, die Arbeit nieder zu legen, sich sofort an die Streikkommission und den Arbeitsnachweis zu wenden hätten, da es nur dann möglich wäre, eine Unterstützung zu zahlen. Ferner wurde bekannt gemacht, daß in der nächsten Orts-Kommisionssitzung darüber Beschluß gefaßt werden wird, wie die Kontrolle, ob Jemand vom Arbeitsnachweis kommt oder nicht, beschaffen sein soll. Von verschiedener Seite wurde es dann der Redaktion der „Deutschen Mechaniker-Zeitung“ abel vermerkt, daß sie in so freigeiger Weise die Erzeugnisse der Fabrik von Mir und Benest hervorhebt, noch dazu, da die Gehilfen gezwungen waren, obige Firma zu speeren, man hatte erwartet, daß das Organ der Mechanikergesellen zuerst den Verdienst der Gehilfen berücksichtigte und dann die wenn auch noch so glänzenden Erzeugnisse.

Verein der Modellstecher Berlins und Umgegend. Eine außerordentliche Generalversammlung tagte am Montag, den 16. Juni, im Restaurant „Wedding“. Auf der Tagesordnung stand: 1. Auflösung des Vereins. 2. Verschiedenes. Da schon in einer früher stattgefundenen Versammlung die Ursache der Auflösung klar gelegt und detaillirt war, war die Diskussion ziemlich kurz. Sämmtliche Redner traten für die Auflösung ein und ergab die Abstimmung 36 für, 2 gegen die Auflösung. — Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: 1. Die Versammlung beschließt: Nach Erledigung aller Verbindlichkeiten geht das vorhandene Vereinsvermögen, sowie sämtliche Utensilien in den vorläufigen Besitz des Fachvereins der Tischler über; wird dasselbe innerhalb zwei Jahren, vom Tage der Auflösung an gerechnet, nicht von einem neu gegründeten Modellstecherverein, welcher mindestens 100 Mitglieder zählen muß, reklamirt, so verbleibt dasselbe dem Fachverein der Tischler als dauerndes Eigentum. 2. Sämmtliche Mitglieder haben ihre Beiträge bis Ende Juni an den Kassirer W. Röde abzuliefern. 3. Die Versammlung beschließt, Mann für Mann dem Fachverein der Tischler beizutreten.

In einer Pause von zehn Minuten ließ sich der größte Theil der Anwesenden als Mitglieder in den Fachverein der Tischler aufnehmen.

Die Vereinigung der Dreholer Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin IV hielt am Dienstag, den 17. Juni ihre regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Was lehren uns die Unternehmerverbände? 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Maschinenball. 4. Besprechung über den Jwed der Agitationsmarken. 5. Verschiedenes und Fragelasten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Birch einen beifällig aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion theilte sich die Kollegen Winzler und Freitaller, welche sich beide im Sinne des Referenten aussprachen. Punkt 3. Der Ueberschuß vom Maschinenball beträgt 13,65 M., welcher dem Kassirer übergeben wurde. Zum vierten Punkt der Tagesordnung nahm die Versammlung eine Resolution an, welche besagte, daß sich die Versammlung mit der Verwendung des zu sammelnden Geldes zu Agitationsreisen einverstanden erklärt. Nächste Versammlung 15. Juli. Die Fachzeitung ist jeden ersten Sonnabend im Monat bei Blankenburg, Stralsunderstr. abzuholen.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cautions beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

W. Sch. 1. Die Tauf- und Entbindungskosten, welche gewöhnlich auf 60 M. angenommen werden, verfahren in 2 Jahren seit der Entbindung. 2. Erst vom zurückgelegten 4. Lebensjahre des Kindes an ist der uneheliche Vater berechtigt, die Herausgabe desselben zu verlangen; wird die Herausgabe ohne vorherige Anordnung des Vormundschaftsgerichts verweigert, so braucht der Vater für die Zukunft nicht mehr Alimente zu zahlen. 3. Welche Gründe die Verweigerung der Alimente rechtfertigen, hat das Gericht zu ermitteln. Wird nachgewiesen, daß die Pflege, Ernährung oder Erziehung des Kindes beim Vater gefährdet wäre, so braucht letzteres nicht herausgegeben zu werden.

Fraternitäts-Brüffel. Fr. 40 empfangen und abgeliefert.